

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Verleger: **Ant. Döcker 4196/4198**



Verlag für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtschrift: Copadisch

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 22. Sept. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichts-
Amsterdam

Staatsstreich in Griechenland ?

SPD. Wer im Juli 1928, als Venizelos mit der Ministerpräsidentschaft wieder die Macht übernahm, für das schwer geprüfte Griechenland eine Periode wenigstens äusserlicher Ruhe und Ordnung voraussagte, hat im grossen Ganzen nicht daneben getippt.

Gestützt auf eine erdrückende Mehrheit in der Kammer und gefördert durch sein Ansehen im Lande und in Europa, konnte der schlaue Kreter mit der eisernen Hand regieren, die man an ihm kennt. Jetzt, da am 25. September die Wähler über die vier Jahre seines Regimes zu befinden haben, vermag er nicht nur auf seine Erfolge in der auswärtigen Politik zu verweisen: Freundschafts- und Sicherheitsverträge mit Italien, Jugoslawien und der Türkei, sondern es klingt auch nach etwas, wenn er dartut: "Mein Ministerium hat dreiundfünfzig Monate gedauert, während in den dreiundfünfzig Monaten vor mir zehn Kabinette einander abgenützt und abgelöst haben". Aber die von ihm gleichfalls gerühmte Ausrottung des Räuberunwesens und den Rückgang der Viehdiebstähle und der Flurschäden in allen Ehren, sein Ziel, die Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch so zu stabilisieren, wie es in Frankreich der Fall ist, hat Venizelos bei weitem nicht erreicht. Erst bewog seine parteipolitische Selbstsucht und Selbstherrlichkeit Führer seiner Hilfstruppen wie Papanastasiu und Kaphandaris, mit Sack und Pack aus dem Regierungslager abzuziehen. Dann prallte die Weltwirtschaftskrise mit furchtbarer Wucht gegen die Wände des griechischen Staatsschiffs und brachte an Bord alles noch mehr durcheinander als in den andern Staaten des Balkans und Mitteleuropas: für das Defizit, die drückenden Verbrauchssteuern, den Währungsverfall, die Arbeitslosigkeit, das Massenelend - für all das macht die Opposition mit mehr oder minder Recht Venizelos verantwortlich.

Freilich entbehrt diese Opposition der inneren Einheitlichkeit und fährt vielfach mit der Stange im Nebel umher. Der Sozialismus, der einen sicheren Kompass hätte, ist leider wegen der allgemeinen Rückständigkeit der Verhältnisse wie in allen Balkanländern zur einflusslosen Aschenbrödelrolle verdammt. Daneben hat die Bauern- und Arbeiterpartei Papanastasiu noch am ehesten ein sachliches Programm; sie entspricht den Agrarparteien in den übrigen Staaten Südosteuropas und darf, während sie unter anderem Firmenschild bei den letzten Wahlen nur 6,71 % aller Stimmen aufbrachte, auf ansehnlichen Zuwachs rechnen. Nicht minder zuversichtlich gehen die von Kaphandaris geführten Fortschrittler ins Feuer des Wahlkampfes, obwohl sie 1928 noch nicht einmal 3 % aller Stimmen für sich buchen konnten. An der Spitze der Opposition aber steht ohne Zweifel die Volkspartei mit Tsaldaris. Ihr leisteten bei der letzten Kammerwahl 243 543 Wähler Gefolgschaft, das waren fast 24 % der abgegebenen Stimmen, oder genau die Hälfte dessen, was die siegende, die venizelistische Liberale Partei - 477 021 Wähler = 47 % der Stimmen - auf sich vereinigte.

Wie in allen wirtschaftlich und politisch zurückgebliebenen Ländern drückt sich auch in Griechenland in der Verschiedenheit der Parteien nicht

der Gegensatz zwischen den grossen Klassen der modernen Gesellschaft, sondern der Widerstreit zwischen Personen und kleinen Kliquen und Fraktionen aus. Das gilt auch von dem Monarchismus der Volkspartei, der nicht Sache eines Prinzips, sondern einer Interessengemeinschaft mit der Dynastie Glücksburg ist. Aber fanatisch genug gibt sich diese "Königstreue". Das Plebiszit vor acht Jahren, das 690 000 Stimmen für die Republik und 323 000 für die Monarchie lieferte, hat die Tsaldaris-Partei nie zur Kenntnis genommen. Für die zweitstärkste politische Gruppe des Landes existiert die Republik rechtlich nicht, so dass Veniselos unlängst erklären konnte: "Solange die Frage des Regimes in der Schwebe bleibt, ist sie eine Dynamitmine unter den Pfeilern unseres politischen, ökonomischen und politischen Gebäudes, bereit zu explodieren und es bei erster Gelegenheit zu zerstören". In rechter Erkenntnis dessen liess er wenig unversucht, um die Royalisten zu entwaffnen. Er schlug Tsaldaris in der Frage der Staatsform erst eine neue Volksabstimmung, dann einen zehnjährigen Burgfrieden vor, beides umsonst. Den republikanischen Oppositionsparteien dagegen erscheint die Bedrohung der Republik durch Tsaldaris minder gefährlich und vor allem minder aktuell als die Tyrannis Veniselos'. Bauern- und Arbeiterpartei und Fortschrittler stimmten deshalb vor wenigen Wochen bei der Besetzung des Bürgermeisterpostens in der Hafenstadt Piräus für einen Tsaldaristen gegen einen Veniselisten.

Auf Veniselos wirkte diese Wahl als Alarmsignal. War es ihm fast vier Jahre lang gelungen, die stets zu politischen Putschen geneigten Offiziere auf ihr militärisches Handwerk zu beschränken, so traf er nunmehr Vorkehrungen, um selber gegebenen Falls an den Säbel gegen den Stimmzettel zu appellieren. Auf seinen Wink bildete sich eine Offiziersliga, angeblich um die Republik zu schützen, in Wahrheit, um dem Kreter die Herrschaft zu sichern; natürlich sprach auch die Besorgnis mit, dass die monarchistische Volkspartei, zur Macht oder auch nur zu Einfluss gelangend, mit der Ausmerzung der republikanischen Offiziere den Anfang machen werde. In Verkennung dieser Sachlage witterte Pangalos, der Generalsdiktator von einst, bei der Kunde von der Gründung einer Offiziersliga Morgenluft und sprach Hoffnungen auf einen Militärputsch aus, mit dem Ziel, Veniselos zu verjagen und die Macht der Armee in die Hände zu spielen, aber nichts rührte sich. Dagegen stärkte sicher das Gefühl, die bewaffnete Macht hinter sich zu haben, Veniselos den Rücken, als er vor kurzem dreist und gottesfürchtig erklärte, selbst wenn die Volkspartei bei den Wahlen die absolute Mehrheit erhalte, werde er ihr ohne die nötigen Bürgschaften für die Fortdauer des republikanischen Regimes die Macht nicht ausliefern.

Woführt ein eigentlich vom Parlament abhängiger Kabinettschef noch eine solche Sprache? In Berlin! Griechenland und Deutschland sind zwar in ihrer ökonomischen sozialen und politischen Struktur grundverschieden, aber auch ausser der Vorliebe der Athener Anhänger einer starken Präsidialgewalt für den Paragraphen 48 der Weimarer Verfassung, der in die griechische Konstitution übernommen werden soll, fehlt es nicht an bedenklichen Ähnlichkeiten. Auch für Griechenland wirft sich nicht nur die Frage auf: Was ergeben die Wahlen?, sondern die noch wichtigere: Werden nicht nach den Wahlen Kräfte entscheiden, die die Verfassung gewiss nicht vorsieht?

Hermann Wendel.

SPD. Königsberg, 22.Sept. (Eig.Drahtb)
Der Rittergutsbesitzer Albert von Perbandt-Pomedien und Helfershelfer der Königsberger SA-Bombenwerfer, ist wegen Nervenleiden aus der Haft entlassen worden.

Der ostpreussische Junker wurde vor einigen Wochen wegen Begünstigung der Königsberger Attentäter und Mörder festgenommen. Auf seinem Schloss hatten die Hitlerbanditen nach der blutigen Nacht vom 1.August Unterschlupf und Schutz.

gefunden. Gegen Perbandt-Pomedien wurde deshalb die Anklage der Begünstigung erlassen. Sie kann vom Sondergericht, nach der Terrorverordnung des Herrn von Papen mit hoher Zuchthausstrafe bestraft werden. Trotzdem ist der Ritterschuttsbesitzer freigelassen worden.

SPD. Die Sitzung des Ueberwachungs-Ausschusses des Reichstags begann am Donnerstag mit einem Zwischenfall, der verdient, in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat Oberregierungsrat Dr. Radlauer das Wort zu folgender Erklärung:

"Seit zwölf Jahren habe ich als Delegierter der Presse-Abteilung der Reichsregierung die offiziöse Presseberichterstattung über die Sitzungen der Reichstags-Ausschüsse ausgeübt. Da jedoch der politische Kurs der jetzigen Reichsregierung meiner politischen Ueberzeugung widerspricht, habe ich mich entschlossen, daraus die Konsequenzen zu ziehen und meine vorgesetzte Behörde gebeten, mich zur Disposition zu stellen. Die Arbeit in Ihrem Kreise war nicht immer ohne Schwierigkeiten; handelte es sich doch um eine möglichst objektive Berichterstattung, die über den Parteien stehen musste. Wenn ich diese Schwierigkeiten überwinden konnte, so verdanke ich das in erster Reihe Ihrer Mithilfe und Ihrem Wohlwollen. Ich bitte Sie, mir ein freundliches Andenken zu bewahren."

Der Vorsitzende des Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Löbe, dankte dem aufrechten Republikaner und Beamten für seine Worte und für seine in vorbildlicher und parteiloser Weise geleistete Arbeit. Auch die Presse muss Herrn Dr. Radlauer ihre Anerkennung aussprechen. Dass für einen solchen Mann und seine Arbeitskraft unter der Papen-Regierung kein Platz mehr ist, kennzeichnet die neuen Regierungsmethoden und bestätigt den Geist und die Luft, die hinter den Kulissen herrschen.

SPD. Paris, 22.Sept. (Eig.Drahtb.)

Fast alle Pariser Zeitungen sprechen ihre Genugtuung darüber aus, dass die ersten Sitzungen des Büros der Abrüstungskonferenz ohne Zwischenfall und ohne jede Debatte über die Abwesenheit Deutschlands verlaufen sind, sodass Herriot es nicht für nötig gehalten habe, länger in Genf zu bleiben. Mit dieser Genugtuung wird in einigen Blättern der Ausdruck der Schadenfreude darüber verbunden, dass die Reichsregierung mit ihrer Taktik hereingefallen ist und dass alle ihre Hoffnungen, durch ihre Abwesenheit eine Vertagung der Konferenzarbeiten herbeizuführen, zunichte geworden sind.

Der "Temps" erklärt, selbst ein weiteres Fernbleiben Deutschlands habe keine Folgen für den Gang der Arbeiten des Büros und der Konferenz, denn das Militärstatut Deutschlands sei durch den Versailler Vertrag festgelegt und die Beschlüsse der Konferenz würden ohne Einfluss auf seine eigenen Rüstungen bleiben. Die Forderung nach Gleichberechtigung, so wie sie von Deutschland aufgeworfen worden sei, könne nur vom Völkerbundsrat aufgrund des Artikels 164 des Versailler Vertrages unterbreitet werden. Es sei aber zweifelhaft, so fährt der "Temps" fort, ob sich die Reichsregierung zu diesem Schritt entschliessen werde, da sie wenig Hoffnung auf Erfolg haben dürfte. Nachdem ihr mit grossem Lärm angekündigtes Fernbleiben von der Konferenz nicht die Wirkung gehabt habe, die sie mit einer unwahrscheinlichen Leichtsinnigkeit und einer völligen Verkenntung der Tatsachen erwartet habe, bleibe es ihr nur noch übrig ein Mittel zu suchen, mit dem sie ihre Teilnahme an den Konferenzarbeiten vorbereiten könne, ohne dass ihr Eigenliebe zu sehr darunter leidet; denn eine längere Abwesenheit könnte der Reichsregierung nur selbst schaden. In diesem

Sinne werde der Reichsaussenminister, der, wie man behauptete, eine andere Auffassung von den diplomatischen Methoden habe als von Papen und von Schleicher, wahrscheinlich seine Tätigkeit nach seiner Ankunft in Genf orientieren.

SPD. Nationalsozialisten und Zentrum haben sich bisher zu den Enthüllungen des Führers der Sozialdemokratie, Otto Wels, über die schwarz-braunen Koalitionsverhandlungen mit keinem Wort geäußert. Sie werden wissen warum! Stattdessen versucht das Organ der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche" am Donnerstag-Abend die Richtigkeit der Enthüllungen anzuzweifeln. Es führt zu diesem Zweck einen Verlegenheitstanz auf, der die Absicht des Ablenkungsmanövers deutlich erkennen lässt und schliesslich doch auf eine Bestätigung der Enthüllungen von Otto Wels hinausläuft.

Tatsächlich sind diese Enthüllungen in keinem Punkt zu bestreiten. Wer dennoch einen Versuch dazu macht, handelt entweder aus Unkenntnis oder wider besseres Wissen! Jedenfalls raten wir dem "Deutschen", sich über den Verlauf der schwarz-braunen Verhandlungen bei Herrn Stegerwald genauer als bisher zu informieren und über die Vorstellungen Strassers bei Schleicher bei Herrn Imbusch sen. die notwendigen Informationen einzuholen.

SPD. Aachen, 22. September (Eig. Drahtb)

In dem nationalsozialistischen "Westdeutschen Grenzblatt" waren unter den sportlichen Mitteilungen folgende "Verteidigungsbewegungen" gegen die Eiserner Front empfohlen worden: Beintreten, Beinstellen, Faustschläge nach dem Magen, nach der Leber, Milz und nach den Augen, "auch Tritte gegen den Unterleib bewähren sich gut". Die Folgen dieser Belehrung zeigten sich am gleichen Tage, als sechs Nazis über einen Kriegsbeschädigten, Vater von vier Kindern, herfielen, weil er ein Flugblatt der Nazis nicht angenommen hatte. Die Nazis versetzten dem Ueberfallenen den berüchtigten Kehlkopfschlag und mit einem harten Gegenstand Schläge über den Kopf, sodass der Kriegsbeschädigte zusammenbrach. Nach ihrer feigen Tat flüchteten die Nazis. Der Ueberfallene wurde von Strassenpassanten in seine Wohnung gebracht.

SPD. Am Donnerstag tagte der Ueberwachungsausschuss des Reichstags unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe als Untersuchungsausschuss. Er will zwei Fragen klären: 1) in welchem Zeitpunkt ist in der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstags die Wortmeldung des Reichskanzlers erfolgt, vor oder nach Eintritt in die Abstimmung? 2) zu welcher Zeit und in welcher Form erfolgte die Uebergabe der Urkunde über die Auflösung des Reichstags und welches war das Verhalten des Präsidenten bei der Entgegennahme der Urkunde.

Als Zeugen sollen auch der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und der Staatssekretär der Reichskanzlei gehört werden. Ihnen hat der Vorsitzende Löbe die Ladung mündlich überbracht und sie gleichzeitig auf ihre gesetzliche Zeugenpflicht aufmerksam gemacht. Sie haben gebeten, zuerst die anderen objektiven Zeugen zu vernehmen. Der Ausschuss hat sich damit einverstanden erklärt. Die Minister sollen jedoch noch einmal schriftlich geladen werden. Dagegen sprachensich nur die Deutschnationalen aus. Das Zentrum nahm an der Abstimmung nicht teil.

Der deutschnationale Abg. Laverenz erklärte im Verlauf der Zeugenvernehmung, der Reichskanzler habe sich vor der Abstimmung über den Misstrauens-

antrag der KPD zum Wort gemeldet. Die Zeugen, Abgg. Schwarz (Zentr.) und Linder (Nazi) sagten, bei der Wortmeldung Papens hätte die Abstimmung bereits begonnen. Reichstagspräsident Goering selbst wiederholte seine bekannte Ansicht und erklärte, es habe ihm fern gelegen, den Reichskanzler nicht zu Wort kommen zu lassen. Er habe von einer rechtzeitigen Wortmeldung nichts gemerkt und die Auflösungsorder sei ihm von dem Reichskanzler mit zitternden Fingern mit der unbeschriebenen Seite nach oben auf den Platz gelegt worden. Goering dachte, es sei eine Wortmeldung, weshalb er das Blatt Papier dem Schriftführer zugeschoben habe. Inzwischen sei die Abstimmung im Gang gewesen und von ihm zu Ende geführt worden.

Als Goering von einem Deutschnationalen gefragt wurde, ob es wahr sei, dass er sich am gleichen Abend bei einem Diner in der italienischen Botschaft über die Reichstagsauflösung ausführlich gegenüber Ausländern geäußert und dabei gesagt habe, es sei von vornherein seine Absicht gewesen den Reichskanzler unter keinen Umständen reden zu lassen, wurde Goering sehr erregt. Er bestritt dies gesagt zu haben, aber es sei sein Recht, ebenso wie es Papen getan, mit Ausländern über die Vorgänge zu sprechen.

Die weiteren Zeugenaussagen ergeben ebensowenig ein klares Bild wie die Grammophonplatten, die von der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstags aufgenommen worden sind und dem Ausschuss vorgeführt wurden. Der Reichskanzler hat zu seiner Wortmeldung nicht gesprochen sondern den Finger erhoben. Am Dienstag sollen der Reichskanzler und die Reichsminister vernommen werden.

SPD, Genf, 22. September (Eig. Drahtb.)

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat am Donnerstag in zwei Sitzungen die praktische Erledigung seines Arbeitsprogramms durchberaten. Mit der Erledigung der wesentlichen Fragen wurden die Kommissionen betraut. Der Rest wurde vertagt bis nach der Vollversammlung des Völkerbundes, während deren Dauer das Büro seine Arbeiten aussetzt und Präsident Henderson nach England fährt.

Am Vormittag wurde Bourquin-Belgien zum Berichterstatter über die Frage der Abrüstungskontrolle ernannt. Er soll in Zusammenarbeit mit den übrigen Delegationen seinen Bericht nach der Vollversammlung vorlegen. Litwinow verlangte, dass der russische Vorschlag auf Beteiligung der Arbeiterschaft in der Kontrollkommission in den Bericht einbezogen werde. Inbezug auf die Abschaffung der Luftbombardements wies Madariaga-Spanien daraufhin, dass ohne Abschaffung der Bombenflugzeuge gar nichts erreicht werde. Auch könne ohne Teilnahme Deutschlands die Frage der Zivilluftfahrt nicht entschieden werden. Man vertagte daher die Aussprache hierüber auf Montag in der Hoffnung, bis dahin mit der am Donnerstag in Genf eingetroffenen deutschen Völkerbundsdelegation doch noch zu einer Verständigung über deren Teilnahme an den Büro-Beratungen kommen zu können. Buero, der Präsident der Landkommission, wurde zum Berichterstatter über die Begrenzung der schweren Artillerie und der Tanks ernannt. Die Erörterung der Kontrolle von Waffenhandel und Waffenherstellung wurde einem Komitee überwiesen, in dem 17 Staaten vertreten sind. Da die grossen Seemächte sich bisher über irgend eine Seeabrüstung noch nicht einigen konnten, soll diese Frage vorläufig weiter offen bleiben. Die Seemächte sollen das Büro jedoch auf dem laufenden halten. Dem italienischen Juristen Pilotti wurde die Berichterstattung über das Verbot der chemischen Kriegsführung sowie die Massnahmen bei Verletzung dieses Verbots übertragen. Endlich wurde der Versuch Litwinows, nunmehr die politischen Fragen als Grundlage jeder Abrüstung zuerst zu beraten, von Sir John Simon sofort erstickt mit dem von der Mehrheit erleichtert aufgenommenen Vorschlag, während der Tagungspause gewisse Fragen erst einmal durch Verhandlungen zwischen den interessierten Delegationen zu klären.

Wiederum hat also die deutsche Regierung eine grosse Gelegenheit nicht

wahrnehmen können, um mit der Darlegung ihres Gleichberechtigungsanspruchs vor die Weltöffentlichkeit zu treten. Man versteht die Genugtuung Paul Boncours, mit der er auf die ständige Bereitschaft Frankreichs hinwies zu jedem gewünschten Zeitpunkt seinen Sicherheitsanspruch öffentlich zu diskutieren, man versteht auch, dass Herriot am Mittwoch-Abend beruhigt nach Paris fuhr, nachdem er sich den Tag über nur in Genf bereitgehalten hatt, sofort in die Debatte über Deutschlands Ablehnungsgründe eingreifen zu können.

=====

SPD. Sofia, 22. September (Eig. Drahtb)

Der Bruderzwist innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung Bulgariens, der seit der letzten Spaltung im Jahre 1926 bestand, hat ein Ende gefunden. Nach langen Verhandlungen zwischen den sozialistischen Gruppen, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der sozialistischen Föderation, konnte eine vollständige formale und tatsächliche Einigung erzielt werden, worüber ein Protokoll unterzeichnet wurde. Danach sind die Mitglieder der sozialistischen Föderation, die aufgehört hat zu bestehen, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei übernommen worden. Am Freitag wird die vollzogene Einigung in einer feierlichen Sitzung proklamiert werden.

Der sozialistische "Narod" veröffentlicht ein Manifest des Zentralkomitee der beiden Gruppen an das werktätige Bulgarien, in dem das Ende der Spaltung bekanntgegeben und als Markstein in der Entwicklung des bulgarischen Sozialismus bezeichnet wird.

=====

SPD. Stockholm, 22. September (Eig. Dr.)

Die schwedische Regierungskrise zieht sich in die Länge. Der für Freitag vorgesehene Regierungswechsel ist hinausgeschoben, da die Zusammensetzung des neuen Kabinetts auf Schwierigkeiten stösst. Der sozialdemokratische Abgeordnete Per Hansson hat den an ihn ergangenen Auftrag der Regierungsbildung immer noch nicht offiziell angenommen, da auch die für Donnerstag einberufene zweite Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes noch zu keiner Entscheidung über die Gestaltung der neuen Regierung geführt hat und die Beratungen am Freitag fortgesetzt werden sollen.

Die Verhandlungen Per Hanssons mit den Vertretern der freisinnigen Volkspartei sind bisher über den Rahmen einer rein persönlichen Fühlungnahme nicht hinausgelangt.

=====

SPD. Die Berliner Börse gestaltete sich am Donnerstag freundlicher. Das gilt besonders für den Rentenmarkt. Hannoversche Bodenkredit zogen um 2 und Deutsche Hypothekenbank um $1\frac{1}{2}$ % an. Bei Pfandbriefen ergaben sich Kursgewinne von $\frac{1}{2}$ bis 1 %.

Nicht ganz so freundlich lag der Aktienmarkt. Zu erwähnen ist das starke Ansteigen der Kunstseidenkurse. Bemberg stiegen von 66 auf 71 und Aku von 54 auf 59. Zurückzuführen ist die Bewegung wohl darauf, dass sich der Absatz in der Kunstseide stark gebessert hat. Das Viscosekartell ist dazu übergegangen, seine Lieferbedingungen zu verschärfen. Allem Anschein nach liebäugelt man auch mit einer Preiserhöhung für Kunstseide. Die schwachen Konjunkturbelastungen können nicht schnell genug mit Preissteigerungen totgeschlagen werden.

=====

SPD. Breslau, 22. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das Breslauer Sondergericht verurteilte am Donnerstag den nationalsozialistischen Schneidermeister Aloys Barczik aus Breslau wegen doppelten Verstoßes gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen sowie wegen Vergehens gegen die Schusswaffen-Anmelde-Verordnung des Breslauer Regierungs-Präsidenten zu acht Monaten Gefängnis. Barczik hatte am Tage der Reichstagswahl einen jugendlichen Angehörigen der Eisernen Front, der in Barcziks Hause vor einer ihn bedrohenden Nazihorde Schutz suchen wollen, grundlos mit dem Revolver bedroht sowie mit einem Gummiknüppel geschlagen.

SPD. Der Preussische Landtag war am Donnerstag eine Tummelstätte nationalsozialistischer Rowdies und nationalsozialistischer Willkür. Es war den Herren um Kube nicht wohl in ihrer Haut bei den Anträgen über die Gehorsamspflicht der Beamten, nachdem Herr von Papen verlangt hat, dass die Nazis zu Kreuzen zu kriechen haben - oder er den Landtag auflösen werde. Um ihren Unfall etwas zu verbergen, hatten die Nazis zur Frage der Gehorsamspflicht einen stark verklausulierten Antrag eingebracht. Die Deutschnationalen errichteten jedoch mit einem eigenen Antrag ein kaudinisches Joch für die Nazis.

Als der deutschnationale Abg. Steuer, der Adjutant Hugenbergs, zur Begründung dieses Antrages die Rednertribüne betrat, schickten sich die Nationalsozialisten zu geschlossenem Auszug aus dem Saal an. Von der Linken erschallten höhnische Zurufe: "Der Harzburger Käse läuft auseinander." Ein Teil der Nazis blieb darauf im Saal, vollführte aber solchen Lärm, dass Steuer nicht sprechen konnte. Nach einigen vergeblichen Klingelzeichen verliess der Nazipräsident Kerrl seinen Stuhl und hob damit die Sitzung auf. Auf der Linken erregte das Schauspiel stürmische Heiterkeit.

Nach fünf Minuten eröffnete Präsident Kerrl die Sitzung von neuem und erteilte Steuer das Wort. Wiederum vollführten die Nazis solchen Lärm, dass Steuer sich nicht verständlich machen konnte, wiederum musste der Präsident Kerrl nach einigen zaghaften Beruhigungsversuchen, durch das Gebaren seiner Fraktion veranlasst, seinen Stuhl verlassen und die Sitzung aufheben!

Kerrl, der am Mittwoch den Kommunisten Kasper wegen des Scherzwortes Bracht-Kerrl sofort von der Sitzung ausschloss, übte gegen keinen einzigen seiner tobenden Parteigenossen eine Ordnungsmassnahme. Bei der dritten Sitzungseröffnung kann Steuer endlich reden - die Nazis haben geschlossen den Saal verlassen. Steuer vergiesst bittere Tränen über den Undank der Harzburger Brüder. Er, Steuer, habe doch als erster den Antrag mit unterschrieben, dass Hitler in Preussen reden durfte! (Stürmische Zurufe links! "Undank ist der Welt Lohn!") Nach Steuer sprach der Nationalsozialist Dr. Nicolai, um den Unfall seiner Partei zu begründen. Von Bedeutung ist, dass dieser gewesene Regierungsassessor, der jetzt Leiter der innenpolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP ist, persönlich bemüht wurde, die Sache einzurenken. Mit allerlei Spitzfindigkeiten redete er sich darauf hinaus, der seinerzeit angenommene Antrag habe eine "missverständliche juristische Fassung", die jetzt durch eine bessere ersetzt werden solle.

Mit Ironie überschüttete der sozialdemokratische Abg. Bugdahn sowohl die Deutschnationalen als auch die Nazis. Unter grosser Zustimmung sagte er, die Deutschnationalen hätten jetzt wenig Freude an ihren ungeratenen Nazi-Kindern. Dann protestierte er gegen den Landtagspräsidenten Kerrl und dessen politische Vorträge beim Reichspräsidenten. Dazu habe der Präsident keinerlei Auftrag gehabt und er sei dazu auch nicht berechtigt gewesen. Heute zittern die Nazis vor einer Landtagsauflösung, die die Sozialdemokratie nicht schrecke.

Es folgt eine lange Debatte, wobei sich Deutschnationalen und Nationalsozialisten in allen Tonarten beschimpfen. Den Staatsparteilern Nuschke wollten die Nationalsozialisten nicht mehr hören. Sie stellten deshalb den Antrag auf Schluss der Debatte. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Als dann Nuschke das Wort erhielt, gab es Radau. Die Nazis riefen ihm "Filzlaus" zu. Kerrl schritt wiederum nicht gegen die Ruhestörer ein sondern unterbrach die Sitzung, als er dem Redner kein Gehör verschaffen konnte. Nach der Wiederaufnahme forderte Leinert (Soz) den Zutritt des Ältestenausschusses. Es sei notwendig, gegen diese Art der Nationalsozialisten und über das Verhalten des Präsidenten Kerrl im Ältesten-Ausschuss zu sprechen; der Landtag könne sich solche Zustände nicht länger gefallen lassen. Der Antrag Leinert wurde angenommen.

Im Ältestenausschuss gab es gegenseitige Beschuldigungen, bei denen die Nationalsozialisten frühere Vorfälle anführen wollten, um ihr jetziges Verhalten zu beschönigen. Ergebnislos ging der Ältestenrat auseinander. Die Plenarsitzung wurde fortgesetzt.

Nuschke erhielt wieder das Wort. Er begann mit den Worten: "Ich habe nicht die Absicht, auf das Niveau....", sofort setzt ein ungeheurer Tumult der Nationalsozialisten ein. Ihr Fraktionsführer Kube gebärdete sich wie ein Wilder. Anstatt aber gegen die Ruhestörer einzuschreiten, wurde Präsident Kerrl plötzlich energisch - gegen Nuschke. Er entzog ihm wegen "provokatorischen Verhaltens" das Wort und schloss ihn kurzerhand von der Sitzung aus. Ein Willkürakt, der zweifellos noch ein Nachspiel haben wird.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des klaren deutschnationalen Antrages und die Annahme des nationalsozialistischen. Ausserdem wurde ein Teil des Zentrums-Antrages angenommen. Ob dieses Ergebnis Herrn von Papen genügen oder ob er die Nationalsozialisten zu einem weiteren Rückzug zwingen wird, bleibt abzuwarten. Der Antrag der Nazis auf Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten Otto Braun wegen angeblicher Beleidigung Hitlers wurde mit 200 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

Weiterberatung Freitag 10 Uhr.

SPD. Genf, 22. September (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Donnerstag nach heftigem Widerstand der Unternehmer und der englischen Regierung in der Schlussabstimmung mit 16 Stimmen der Arbeitnehmer, Regierungsvertreter und des italienischen Unternehmers Olivetti gegen 6 Stimmen der Unternehmer und des englischen Regierungsvertreters die Entschliessungen über die Ausarbeitung einer Konvention für die Vierzigstundenwoche und die Ratifizierung der schon bestehenden Arbeitszeitkonventionen angenommen.

Die paritätische technische Kommission zur Ausarbeitung des Konventionsentwurfes wird im Januar 1933 zusammentreten. Dazu werden auch die ausserhalb der Arbeitsorganisation stehenden Länder eingeladen werden, wie Sowjetrussland und die Vereinigten Staaten. Ob das Ergebnis dieser Konferenz der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt und die Konvention auf die Tagesordnung der nächstjährigen Arbeitskonferenz gesetzt werden soll, wird erst endgültig auf der ordentlichen Oktobertagung des Verwaltungsrats in Madrid entschieden werden. Schiffahrt und Landwirtschaft sollen aus der Konvention herausbleiben, während die Einbeziehung der Bergarbeiter und Angestellten mit starken Mehrheiten ausdrücklich beschlossen wurde, trotz der auch für diese Gruppen bestehenden Sonderkonventionen über die Arbeitszeit.

Endlich wurde der Generalsekretär des Völkerbundes beauftragt, die Kommission für internationale öffentliche Arbeiten einzuberufen, die von der Europa-kommission im Vorjahre eingesetzt worden war, um endlich zu praktischen Ergebnissen für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu kommen.

SPD. Köln, 22. September (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Zollbehörde hat einen aus Belgien betriebenen Waffenschmuggel entdeckt. Drei Personen wurden verhaftet. Unter ihnen befindet sich eine Frau, bei der dreizehn neue Revolver belgischen Ursprungs beschlagnahmt worden sind. Einer der Verhafteten versuchte zu fliehen; er erhielt von einem Zollbeamten einen Oberschenkelschuss.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Aufs Maul schlagen!

SPD. Das Wort Cant bedeutet im Englischen eine heuchlerische Sprache. Was damit gemeint ist, bezeichnet mit unübertrefflicher Präzision das folgende Wort von Fontane: Sie sagen Christentum, aber sie meinen Kattun. Die frömmelnde Sprache des Unternehmertums, die Phrasen von Wohlfahrt und Aufopferung, die Bezeichnung des Unternehmergewinns als Entbehrungslohn - kurz, alle jene Verlogenheit, hinter der sich der Ausbeutungswille verbirgt, das ist Cant. Dieser kapitalistische Cant lebt jetzt wieder auf, ermutigt durch das Programm des Klassenkampfes von oben, das die Regierung der Barone verkündet hat.

Auf einer Tagung der Wirtschaftlichen Verbände der Remscheider und Velberter Industrie sprach ein Fabrikant über die ethische Fundierung des selbständigen Unternehmertums:

"Der Unternehmer unternimmt unter Einsatz seines Vermögens und seiner Person das volle Risiko und erhält als Ausgleich den Verdienst. Erst der Gewinn gibt dem Unternehmer die Möglichkeit, zum Wohl der Volkswirtschaft und zum Besten der Allgemeinheit an der Güte seiner Erzeugnisse zu arbeiten."

Soviel Worte, soviel Heuchelei. Einsatz seines Vermögens? Wenn die Herren die Firma pleite machen lassen, bleiben sie in aller Ruhe auf ihrem Privatvermögen sitzen. Im übrigen ist es gerade die Kunst des Unternehmers von heutzutage, Geschäfte zu machen nicht mit dem eigenen Vermögen, sondern mit dem Einsatz des Vermögens von anderen. Der Profit ist die Prämie dafür, dass der Unternehmer das Vermögen von anderen riskiert. Im übrigen "Risiko" - wenn der Staat subventioniert, falls die Pleite droht, Risiko bei Steuergutschriften und 400 Mark-Prämie! Dann reden sie von der Ethik des Kapitalismus! Vermehrte Ausbeutung, Lohnherabsetzung mit staatlicher Hilfe - das ist ihre Ethik. Es ist doch ein tröstliches Bewusstsein für die Arbeiter, dass sie zur höheren Ehre der Ethik der Privatkapitalisten hungern müssen!

Wenn die kapitalistische Heuchelei sich wieder breitmacht, dann gilt es, die verlogene Dreistigkeit der kapitalistischen Propaganda fest aufs Maul zu schlagen!

Strasser wird originell.

Herr Gregor Strasser hat in München eine Propagandarede gehalten und dabei den folgenden Satz gelassen ausgesprochen: "Arbeit schafft Kapital. Das Wort habe ich zuerst im deutschen Reichstag ausgesprochen". Herr Gregor Strasser befindet sich noch im vormarxistischen Stadium. Er hat noch nicht die grundlegenden Wesenszüge des Kapitalismus begriffen. Wenn er sich aber weiter bemüht, wird er schliesslich auch noch die Mehrwerttheorie begreifen. Mit seinem Satz, den er als erster ausgesprochen hat - in dieser Form ist der Satz zwar nicht richtig, aber immerhin schon mehr als hundert Jahre alt - hat er im übrigen den Kapitalisten nichts Neues gesagt. Sie sprechen das nicht aus, aber sie handeln danach. Sie handelten danach in der Zeit des Frühkapitalismus, als sie sich mit den grauenhaftesten Ausbeutungsmethoden bereicherten auf Kosten der Arbeiter, sie handeln heute wieder danach, wenn sie bei erhöhter Arbeitsleistung der Arbeiter den Lohn bis unter das Existenzminimum herunterdrücken wollen! Armer Gregor Strasser, Deine Originalität ist nicht von weit her!

Nur nicht sentimental.

Bei einer Reklameflugveranstaltung der Nationalsozialisten in Braunschweig ist der Fluglehrer Albrecht tötlich abgestürzt. Die Zuschauer, die den Tod des Fliegers mit ansehen mussten, wurden von Entsetzen ergriffen, die Nazileitung des Flugtages aber liess sich von keiner Sentimentalität ankränkeln. Wie je-
ner französische Präsident der französischen Kammer nach einem Bombenwurf in der Kammer verkündete: "Die Sitzung geht weiter", so erklärte sie: Die Veranstaltung wird fortgesetzt. Die Musikkapelle spielte unentwegt weiter lusti-
ge Weisen, nachdem der Tote vom Platze getragen war, und der Clou der Veran-
staltung "Bomben auf Braunschweig" stieg veranstaltungsgemäss. Aus Flugzeugen wurde eine Stadtatrappe bombardiert, die vor allem ein Modell des Bebelhofes, des modernen Wohnblocks der braunschweiger Arbeiter, enthielt. Bomben auf Ar-
beiterwohnviertel aus Naziflugzeugen - dies Vergnügen wollten sie sich durch keinen Unglücksfall verderben lassen. Das Hauptmotiv für diese ungeheuerliche Rohheit der unbekümmerten Fortsetzung der Veranstaltung nach dem tötlichen Unglücksfall war jedoch ein anderer. Das Unglück ereignete sich, als die Haupt-
masse der Zuschauer noch auf dem Weg zum Flugplatze war. Die Kassen waren noch leer, und die Nazileitung wollte sich durch der Toten das Geschäft nicht ver-
derben lassen.

Nur nicht sentimental. Erst die Kasse, dann die Menschlichkeit!

Die Mannschaftsuniform.

Der nationalsozialistische "Angriff" beflüssigt sich der Demagogie für den gemeinen SA.-Soldaten. Er erzählt ihm eine Geschichte von einem könig-
lich-preussischen Hauptmann a.D., der SA.-Mann werden, aber nicht eine gewöhn-
liche SA.-Uniform anziehen wollte. Dieser königlich-preussische Hauptmann a.D. habe in patzigem Ton dem Ortsgruppenführer geschrieben, es könne von ihm nicht verlangt werden, dass er sich in einem unformähnlichen Aufzug zeige, wie er für die gewöhnlichen SA.-Leute geeignet sei. Der Ortsgruppenführer habe ihm darauf geantwortet: "Halten etwa Sie, ein ehemaliger Offizier des preus-
sischen Heeres, es in der Tat für angemessen, als SA.-Mann in Reih und Glied zu treten in einer Feudalequipierung, die einen Vermögenswert von 600 Mark darstellt, neben Kameraden, deren Einkleidung nicht einmal den zehnten Teil kostet?"

Die Geschichte ist wunderschön, sie hat aber ebenso wie das Gekeif des Herrn Goebbels gegen die feinen Leute einen Haken. Wie war das doch mit den neuen Uniformvorschriften, die der Osaf im Frühjahr nach wilhelminischem Muster erlassen hat? Sollten nicht die SA.-Führer eingekleidet werden nach einem Modell, das stark an englische Offiziersuniformen erinnerte? Es ist noch nicht vergessen, dass beim Zusammentritt des preussischen Landtags sich die Herren SA.-Führer, Graf Helldorf an der Spitze, dem preussischen Landtag als Mannquins mit der neuen SA.-Uniform vorstellten. Die Herren sind damals photographiert worden, und die Bilder, die sie in der neuen feudalen Equipierung zeigten, sind damals durch die Presse gegangen. Sachverständige haben damals sofort taxiert: Kostet ein paar Hundert Mark. Wir haben nichts davon gehört oder gelesen, dass die nationalsozialistische Presse gegen die Feudalequipierung der feinen Leute in der NSDAP rebelliert hätte!

Die Demagogie der einfachen Uniform für den gemeinen SA.-Soldaten bestimmt, ist würdig der Demagogie gegen die feinen Leute aus dem Munde des Herrn Goebbels, dessen Frau, in eine Wolke von weissem Chiffon gehüllt, auf einer feudalen Veranstaltung der ganz feinen Leute vor der Exkronprinzessin knixte!

Aus aller Welt

Der Gelehrtschreibtisch.

Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Den aus der Erfahrung bekannten Vorteil, den magere Menschen in Krankheitsfällen gegenüber dicken haben, suchte man an der Universität München experimentell zu ergründen. Hierbei hielt man sich zunächst an Mäuse. Man setzte einer grösseren Anzahl von ihnen Weissbrot und Milch vor, bis die Tiere recht wohlgenährt waren. Dann teilte man die Schar. Einem Teil reichte man das gute Futter weiter, dem anderen entzog man es, sodass die Tiere abmagerten. Dann setzte man alle Tiere einer Infektion mit den gefährlichen Stärrkrampfbakterien aus. An der Erkrankung verendeten viel mehr fette als magere Tiere. Die Tiere, die am meisten abgenommen hatten, waren der Krankheit gegenüber am widerstandsfähigsten. Fette Tiere gingen auch nach Alkoholdarreichung eher zu Grunde als magere. Man erprobte auch, wie grössere und kleinere Tiere sich gegenüber Giftgasen von bestimmter Dichte (Konzentration) verhielten und ob kleine oder grosse Tiere der Gaswirkung mehr Widerstand entgegensetzten, Tiere von so verschiedener Grösse wie Pferd, Kaninchen und Meerschweinchen erlitten im vergastem Raum ungefähr die gleiche Gaswirkung. Grössere Tiere waren aber leichter wiederherzustellen.

+

Zu welcher Tageszeit und in welchen Monaten hält der Tod die reichste Ernte? Diese Frage ist noch nicht so oft beantwortet worden, dass die von Professor Dr. Hagentorn, Leiter der Universitätsklinik in Kowno (Litauen), auf Grund von 1444 Todesfällen ermittelten Tatsachen nicht besondere Beachtung verdienen. Hagentorn ordnete die in fünf Jahren an seiner Klinik aufgetretenen Todesfälle einmal in vierundzwanzig Stundengruppen und noch einmal in Rubriken, die den Monaten entsprachen. Nach diesen Ermittlungen neigt das durch Krankheit geschwächte Leben dazu, gegen vier Uhr früh und, in geringerem Umfange, gegen zwölf Uhr mittags zu erlöschen. Dies wurde durch ältere Krankenpflegerinnen, die dem Sterben vieler Kranken ausserhalb der Klinik beigewohnt hatten, bestätigt. Die Tatsache hängt vielleicht mit der elektrischen Leitfähigkeit der Luft zusammen. Sie ist im Sommer und Winter um vier Uhr früh am grössten, erreicht aber im Sommer um zwölf Uhr mittags noch einmal eine bedeutende Höhe. Die Monate, in denen die Todesfälle sich am meisten häufen, umfassen etwa die Spanne von Januar-Februar bis März-April. Das Welken im Herbst, das scheinbare Ersterben der Natur, gibt also nicht das lauteste Signal für das Sterben in der Menschenwelt.

+

Genau zu wissen, wie eine Wanze beisst, kann für Abwehr- und Heilungsmassnahmen wichtig werden. Die zoologische Abteilung der preussischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Luft-Hygiene in Dahlem nahm die beissende Bettwanze, der Linné den harmlosen Namen *Cimex lectularius* (lectularius) gab, aufs Korn, beobachtete, wie sie sticht, und veröffentlicht darüber eine 27 Seiten lange Abhandlung. Der für die Ernährung des Tieres wichtige, für den zum Blutentzug Heimgesuchten peinvolle Vorgang des Bisses vollzieht in mehreren scharf getrennten Akten. Mit vorgestrecktem Rüssel sucht die Wanze die Haut ihres Opfers ab. Hat sie eine ihr zusagende Stelle gefunden, so macht sie halt und sticht mit den Borsten ihres Fresswerkzeuges in die Haut ein. Das Stechborstenbündel wird tiefer vorgeschoben, zurückgezogen und

dies mehrmals schnell wiederholt, um den Stichkanal auszusägen und möglichst viele Blutgefässe zu zerreißen. Jetzt beginnt das Tier ruhig zu saugen. Hat es genug, so wird das Verfahren, mit dem der Rüssel sich den Weg bahnte, in umgekehrter Richtung von neuem angewendet, bis die Wanze sich von ihrem Opfer gelöst hat. Wer das weiss, hat nicht weniger Schmerz, aber den Trost, den jedes Wissen um die Zusammenhänge bereitet.

+

Dass die roten oder gelben, schwarzgepunkteten Marienkäfer bei Berührung eine manchen Menschen widerliche gelbe Flüssigkeit - der Duft erinnert etwas an den des Mohnsaftes - absondern, wurde lange als Schutzmassnahme der kleinen Käfer gedeutet. Man meinte, was uns abstosse, übe eine ähnliche Wirkung auch auf die natürlichen Feinde der Marienkäfer aus. Weiter behauptete man dann, die rote oder gelbe Farbe der Flügeldecken sei gleichsam das Aushängeschild für den Saft der Marienkäfer, sie künde: "Rühr mich nicht an! Ich berge den Saft, dessen Farbe ich trage". Andere Käfer, die den Saft nicht absondern, sollten die gelbe und rote Farbe als täuschende Schutzfarbe annehmen. Diese seit dem Bestehen der Mimikrylehre viel ausgesprochene Behauptung rief einen Wiener Forscher, Franz Heikertinger, auf den Plan. Et beobachtete, wie grössere Tiere sich die Marienkäfer in der Gefangenschaft wohlschmecken liessen. Doch die Gefangenschaft mochte den Instinkt verderben. Wie war es in der freien Natur? Heikertinger studierte alles, was er an Aufzählungen tierischer Mageninhalte in der Literatur ermitteln konnte, und trug eigene Untersuchungen bei. Da zeigte sich nun, dass alle Tiere, die durch ihre Grösse und Lebensweise als Verzehrer von Marienschäfchen in Betracht kommen, diese in ihre Speisefolge aufnehmen, Fasan und Elster, Bachstelze und Sperling, allein vierzig europäische Vogelarten. Dazu kommen Eidechsen und Frösche, Raubfliegen und Spinnen, ein stattlicher Feindbund, der die niedlichen Käfer vernichten würde, brachte die Natur sie nicht in grossen Scharen hervor.

S.J.-y.

+

+

+

Rätsel der Röntgenstrasse. In dem Berliner - gegen neun Kommunisten geführten - Totschlags-Prozess wegen der Schiesserei in der Röntgenstrasse ergab auch die Zeugenvernehmung am Donnerstag noch kein klares Bild. Die Aussagen der neutralen Zeugen lassen es sehr wahrscheinlich erscheinen, dass - falls nicht ausschliesslich - jedenfalls auch von Nationalsozialisten geschossen worden ist, während die SA-Zeugen und alle ihnen nahestehenden Personen mit merkwürdiger, oft allerdings schon im Gerichtssaal widerlegter Eindeutigkeit die kommunistischen Angeklagten als Täter bezeichnen.

Der verdächtige Belastungszeuge ist eine Frau. Die den Nationalsozialisten sehr nahestehende Zeugin ist indes nicht nur in einem allgemeinen, sondern auch im strafrechtlichen Sinne verdächtig: nach ihrer Vernehmung verkündet Landgerichtsdirektor Tolk, dass die Zeugin, die mit befremdendem Eifer inmitten der kämpfenden Gruppen stand, möglicherweise der Teilnahme am Landfriedensbruch schuldig sei. Aber so gross wie die Kampflust ist auch der Hass. Plötzlich behauptet die Zeugin von zwei Angeklagten, dass sie sie wiedererkenne. Am Morgen nach der verhängnisvollen Nacht habe sie die beiden als Teilnehmer der Schiesserei verhaften lassen. Der Verteidiger dieser beiden Angeklagten stellt fest, dass seine Mandanten erst viel später verhaftet wurden; die auf Veranlassung von Frau X. festgenommenen jungen Leute waren ein Radrennfahrer und ein Mitglied eines katholischen Jugendverbandes, die ihre Unschuld durch ein Alibi nachweisen konnten und längst wieder aus der Haft entlassen sind...

In ihren Angaben, wen sie nun eigentlich von den anderen Angeklagten wiedererkenne, wechselt die Zeugin ständig. Mit kaltem Blick sucht sie sich

aus, wer ihr nicht gefällt. Bösartigkeit, gepaart mit Intelligenz. Der Mund steht nicht still: fortwährenden Verhöhnungen des Verteidigers, der nach ihrer Meinung so originell aussieht, schliessen sich anhaltende Beschimpfungen der Kommunisten. Wie die Zeugin zum Verteidiger sagt: "Ich habe kein Interesse, Ihnen so lange zu antworten; reden Sie nicht so viel Schmus!", kann auch das Gericht nicht mehr ernst bleiben-.

Der SA.-Mann Holzmann gehört zu jener Gruppe von SA=Zeugen, die jene geheimnisvollen Frauen gesehen haben wollen, die plötzlich ihre Handtaschen öffneten und ihren Männern etwas gaben, was Holzmann für Waffen hält. Wiedererkennen will er vor allem den Hauptangeklagten Calm: "Das Gesicht mit der etwas auffallenden Nase ist drin bei mir, das habe ich mir eingefressen, und es geht nicht aus mir heraus." Wie der Zeuge die Kleidung, die gleichfalls als Moment des Wiedererkennens eine Rolle spielt, wiedergeben soll, ergeben sich merkwürdige Widersprüche: ein Experiment im Gerichtssaal beweist, dass Holzmann farbenblind ist. Aber ein kurzer Dialog beweist, dass er im eindeutigen Sprachschatz seiner Freunde umso sicherer ist; als die Rede auf ein nach seiner Meinung nach den ersten Schüssen eingetroffenes kommunistisches Rollkommando kommt, definiert er, befragt, das Wort "Rollkommando" mit den Worten: "das ist eine kleine Gruppe, die zur Begehung von Gewalttaten bestimmt ist". Einer der Verteidiger erwidert ihm dem Zeugen: "Da möchte ich nur erwähnen, dass ihr oberster Führer kürzlich im Saale nebenan geschworen hat: ein Rollkommando ist eine zahlenmässig kleine Gruppe ohne jede Nebenbedeutung".

Die neutralen, unpolitischen Zeugen, machen ihre Aussagen sachlich, ohne den blinden Hass der Nazis, ohne Beschimpfungen. Eine Apothekerin hat gesehen, wie auf der Seite der SA geschossen wurde. Ein junges Mädchen schildert, wie nach ihrer Meinung sogar alle Schüsse von der Seite des SA.-Lokals gekommen seien. Ein Zeuge, der den Vorfall von seiner dem SA-Lokal gegenüberliegenden Wohnung aus beobachtet hat, sah Schützen auf dem Fahrdamm: drei sollen nach den ersten Schüssen zum SA-Lokal zurück, andere nach Süden fortgelaufen sein. Auch noch andere Aussagen bewegen sich in dieser Richtung.

+ + +

Moritz hereingefallen. Vor der IV. Grossen Strafkammer des Landgerichts II Berlin wurde die Berufung der Angeklagten Moritz (auch Gottfried Zarnow) und Häubler, die in der Vorinstanz wegen Beleidigung des preussischen Landtagsabgeordneten Erich Kuttner zu drei Monaten Gefängnis bzw. 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren, verworfen. Das Urteil gegen Moritz erfolgte mit der Massgabe, dass an Stelle der Gefängnisstrafe von drei Monaten eine Geldstrafe von 900 Mark tritt; im Nichtbeitreibungsfalle bleibt die Gefängnisstrafe abzusitzen.

Moritz, sattsam bekannt als Verfasser des in zahlreichen Stellen unrichtigen Buches "Gefesselte Justiz", hatte in einem im "Deutschenspiegel" (Verantwortlicher Redakteur: Häubler) veröffentlichten Artikel Kuttner beleidigt, indem er von ihm indirekt behauptete, dass er in einer bereits bis ins Jahr 1924 zurückgreifenden Angelegenheit bereit gewesen sei, einen Meineid zu leisten. Nach der Urteilsbegründung des Vorsitzenden stellen diese Worte eine Beleidigung und im weiteren Sinne üble Nachrede (§§ 185, 186 St.G.B.) dar. Das Gericht stellte weiter fest, dass der von den Angeklagten versuchte Wahrheitsbeweis misslungen sei. Ebenso wenig könnte bei Moritz und Häubler von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen gesprochen werden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Was wird an der Ruhr?

Zum Tarifkonflikt im Ruhrbergbau.

SPD. Am Sonnabend beginnen in Essen die Schlichtungsverhandlungen im Lohn- und Arbeitszeitstreit des Ruhrbergbaus. Wie verlautet, soll die Entscheidung sehr schnell fallen. Der Verhandlungstermin ist an und für sich spät angesetzt und da eventuell noch Nachverhandlungen in Berlin notwendig sein werden, wird man sich beeilen müssen.

Wie wird die Entscheidung ausfallen? Ursprünglich wurde ziemlich sicher damit gerechnet, dass der erste Ruhrspruch unter dem neuen Regime einen neuen scharfen Lohnabbau, d.h. ein Eingehen auf die Wünsche des Zechenverbandes, bringen werde. Allem Anschein nach ist man jedoch jetzt sowohl beim Zechenverband wie wohl auch im Reichsarbeitsministerium nachdenklicher und vorsichtiger geworden. Es mehren sich die Stimmen, die nicht mehr an eine Zuspitzung des Konflikts glauben. In gut unterrichteten bürgerlichen Blättern wird jetzt betont, es sei wahrscheinlich nicht mit wesentlichen Änderungen zu rechnen, insbesondere könne man wohl annehmen, dass eine generelle Senkung des Tariflohns nicht erfolge, da die neue sozialpolitische Notverordnung für notleidende Betriebe ausreichende Möglichkeiten für eine Lohnsenkung biete.

Der scharfe Widerstand gegen einen neuen Lohnabbau, der zur Zeit in der gesamten Arbeiterschaft sich regt, hat wohl auch die Grubenherren etwas stutzig gemacht. Auch kann man sich vorstellen, dass die Schwerindustrie ihrer Regierung neue, unter Umständen sehr gefährliche, Schwierigkeiten, einst weilen ersparen will. Die Herrenregierung hat ja schliesslich zurzeit ohnehin grosse Sorgen. Auch sie denkt, nachdem ihr Wirtschaftsprogramm in der Öffentlichkeit scharfer Kritik begegnete, heute wohl etwas skeptisch über die Erfolgsmöglichkeiten ihrer Versuche zur Ankurbelung der Wirtschaft. Angekurbelt wird zwar mit voller Kraft, ob aber eine Zündung eintritt, ist eine andere Frage. Ein offener Arbeitskonflikt im Ruhrbergbau könnte leicht den Experimenten der Regierung zur Ankurbelung der Wirtschaft den Todesstoss versetzen.

Auch muss der Zechenverband jetzt wohl oder übel wenigstens den Versuch machen, mit Hilfe der Notverordnung den Weg aus den Schwierigkeiten zu finden. Denn schliesslich ist ja diese Notverordnung nur Geist vom Geist der Schwerindustrie. Sehr wahrscheinlich wird der Schlichter die Arbeitgeber bei den Verhandlungen auf die Möglichkeiten einer Hilfeleistung für notleidende Betriebe verweisen, wie sie in der Notverordnung jetzt gegeben sind. Auch sind die Abbauforderungen des Zechenverbandes ja in erster Linie mit den unterschiedlichen Verhältnissen im Bergbau und vor allem mit der Notwendigkeit begründet worden, einzelnen Zechen durch Lockerung der "Lohnfessel" entgegenzukommen.

In der Arbeitszeitfrage scheint man erst recht alles beim alten lassen zu wollen. Zur Begründung wird man auf Genf verweisen. Im übrigen wird von der Gegenseite immer wieder betont, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit im

Bergbau kaum eine Mehreinstellung von Arbeitern zur Folge habe. Bleibt nun aber in der Arbeitszeitfrage aber alles beim alten, dann ist das sicherlich nicht ohne Einfluss auf die Gestaltung der Lohnfrage.

Alles in allem scheint im Augenblick bei den Grubenherren der Gedanke, die bestehenden Verhältnisse nicht wesentlich zu ändern, an Terrain zu gewinnen. Wie dem aber auch sein mag: die Gewerkschaften werden sich jedem Lohnabbauversuch gegenüber zur Wehr setzen.

SPD. Der Streik bei der Firma Gusstahlwerk Wittmann A.G. in Hagen, der durch die Ankündigung eines Lohnabzugs auf Grund der Notverordnung ausgelöst worden war und der alle gewerkschaftlichen Richtungen umfasste, ist beigelegt. Die Firma hat ihre Ankündigung zurückgenommen. Da auch die fristlos entlassenen wieder eingestellt wurden, haben die 400 Streikenden am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen.

Den gleichen Ausgang nahm ein Streik, den die 350 Mann starke Belegschaft des Metallwerkes Reinshagen Akt. Ges. in Wupperthal-Ronsdorf geführt hat, weil die Werksleitung unter Berufung auf die Notverordnung die Löhne kürzen wollte.

Auch hier wurde die ausgesprochene Kürzung zurückgenommen, so dass alles beim alten bleibt.

SPD. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf entschied am Donnerstag in der Berufungsklage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen Arbeit Northwest in der Frage der Tarifzugehörigkeit der Heizungs-monteurs zugunsten des DMV. Bei der Auflösung des Arbeitgeberverbandes der Heizungsindustrie Anfang dieses Jahres waren 36 Firmen dem Arbeitgeber-Verband Northwest beigetreten, worauf Northwest Anspruch auf die Zugehörigkeit der Monteure zum Nordwesttarif erhob. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband stellte sich jedoch auf den Standpunkt, dass Heizungsmonteure nicht unter den Begriff der eisenverarbeitenden Industrie fallen.

In der Begründung des Urteils rechnet das Landesarbeitsgericht zwar die Heizungsmonteure zur eisenverarbeitenden Industrie, erklärte aber, dass bei Abschluss des Nordwesttarifs für die Heizungsmonteure ein Tarif schon lange bestanden habe, sodass an eine Hereinnahme in einen anderen Tarif, eben in den Nordwesttarif, nicht hätte gedacht werden können und zum mindesten von einer Tarifseite, dem DMV, auch nicht gedacht worden sei.

Nordwest will beim Reichsarbeitsgericht Berufung einlegen.

SPD. Die Ortsgruppe München des Zentralverbandes der Angestellten teilt mit: Ein Münchener Warenversand und Reklamaverlag Karl Emmerich, Gärtnerplatz 5 bietet im Anzeigenteil vor allem norddeutscher Zeitungen an, dass er Heimarbeit durch Adressenschreiben bei einem Durchschnittsstundenverdienst von 3 Mark zu vergeben habe, Vor Uebersendung des Arbeitsmaterials verlangt er jedoch eine "Interessensicherheit" von 3,50 Mark. Nachforschungen unter der genannten Anschrift ergaben, dass es sich um einen Mann handelt, für dessen "Geschäft" sich bereits die Münchener Polizei interessiert.

Wirtschaft Technik Handel

Lohnraub grössten Stils.

SPD. Im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenrevier scheinen die Unternehmer daran gehen zu wollen, die Papensche Notverordnung zu einem Lohnraub grössten Stils auszunutzen. Dem Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein (Debriev) in Halle, der immer wieder genannt wird, wenn von der Finanzierung der rechtsradikalen Bewegung, auch der Hitlerbewegung, durch die Industrie die Rede ist, sagt man die Absicht nach, auf Grund der Papenschen Notverordnung Löhne und Gehälter um 18 bis 20 Prozent zu kürzen.

Wir halten es für selbstverständlich, dass die Arbeiterschaft alle Mittel einsetzt, um einen derartigen Lohnraub zu unterbinden. Auch die Reichsregierung täte klug, den Brand in Mitteldeutschland und Ostelbien zu verhindern, mit dem zu rechnen ist, wenn die Braunkohlenindustrie ihr Lohnsenkungsprojekt verwirklicht. Die Reichsregierung - und das gilt besonders für das Wirtschaftsministerium, das sich in letzter Zeit wieder mal mit den überhöhten Braunkohlenpreisen beschäftigen musste - weiss ja wohl am besten, dass sowohl in der mitteldeutschen als auch in der ostelbischen Braunkohlenindustrie keine Notwendigkeit für die geplante Blutabzapfung vorliegt. Die Braunkohlenindustrie steht nicht nur vor einer Steigerung ihres Absatzes infolge des nahenden Winters, sondern sie hat auch eine Sonderkonjunktur hinter sich. Ihr war es möglich, die alten Stapelbestände, die durch Lagerung gerade nicht besser geworden sind, zu guten Preisen zu verkaufen. Von vielen Brikettfabriken wird berichtet, dass Stapelbestände so gut wie gar nicht mehr vorhanden sind. In Mitteldeutschland betrugen z.B. die Brikettvorräte im Januar 1932 noch 565 000 Tonnen. Bis April gingen sie auf 410 000 und bis Juni 1932 auf rund 94 000 zurück.

Das erklärt schon, dass die Braunkohlenindustrie auch in dem hinter uns liegenden Katastrophenjahr eine verhältnismässig hohe Dividende zahlen konnte. Die Dividende würde noch höher sein, wenn man die gemachten Gewinne wirklich verteilt und sie nicht, aus Gründen der berühmten Preispolitik, versteckt hätte. Beim Bubiakonzern, der in Ostelbien massgebend ist, wird angenommen, dass die kommende Dividende wesentlich erhöht werden kann. Dass die finanzielle Lage der Braunkohlenkonzerne gut ist, geht auch wohl daraus hervor, dass überall die teure Mechanisierung der Betriebe weiter geführt wird. Das kann man doch nur, wenn das nötige Geld nicht nur vorhanden, sondern auch sofort greifbar ist.

Wenn dieselbe Braunkohlenindustrie ihren Angestellten und Arbeitern eine Blutabzapfung um 18 bis 20 % zumutet, so ist das mehr als Brutalität. Derartige Projekte haben mit Wirtschaftsankurbelung gar nichts mehr zu tun. Sie sind geradezu ein Verbrechen an der Bevölkerung und auch an der Wirtschaft. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Belegschaften bereits während des Sommers grosse Opfer gebracht haben. Trotz weitergehenden Belegschaftsabbaus - in Mitteldeutschland verringerte sich die Belegschaft von 31 750 im Juni auf 29 860 im Juli - wurden Feierschichten im grössten Ausmass eingelegt, um die Werke von der finanziellen Belastung der Kohlenstapel zu befreien. Die Verwertung der Stapelbestände geschah durchweg auf Kosten der

Arbeiterschaft. Der Arbeiter musste eben feiern, damit sich die Stapelbestände verringerten. Andererseits ist die Ausnutzung der Arbeitskräfte infolge der Mechanisierung überaus gross. Die Fachleute nehmen an, dass die Arbeiter, die nur 3 Tage in der Woche arbeiten, in diesen drei Schichten zum mindesten fast ebenso viel leisten wie in sechs Schichten.

SPD. Die Regierung Papen versucht in einer besonderen Erklärung die Befürchtungen über die Verdreifachung des Heringszolls zu zerstreuen. "Auswirkung der Zollerhöhung auf die Verbraucher ist", so wird gesagt, "nicht zu befürchten, da auf den Kleinhandel umgerechnet nur eine ganz minimale Erhöhung herauskommen würde."

Das ist eine Behauptung, wie sie die Regierung Papen des öfteren aufzustellen beliebt, ohne sie irgendwie zu begründen. Wenn man von der Verdreifachung des Zolles ausgeht, und weiter berücksichtigt, dass Preiserhöhungen im ersten Einkauf der Ware sich auf dem Wege zum Verbraucher zu erhöhen pflegen, so ist mit einer Verteuerung des Herings um 2 Pfennig pro Stück zu rechnen. Allerdings sollen gegenwärtig die Zufuhren an Heringen sehr reichlich sein. Das grössere Angebot wird auf den Preis drücken, wodurch die Zollverteuerung fürs erste nicht allzu krass in Erscheinung tritt. Diese günstigen Wirkungen werden aber verschwinden, sobald die grösseren Zufuhren verschwinden. Dann wird die Bevölkerung den Zoll voll und ganz zu tragen haben.

Dafür spricht vor allem die Lage in der deutschen Heringsfischerei. Gegenüber der ausländischen Heringsfischerei ist die deutsche Heringsfischerei ungünstiger gestellt. Die Fangstellen in der Nordsee liegen im Sommer in der Nähe der schottischen Küste, in den späteren Monaten in der Nähe der englischen Küste und in den Herbst- und Wintermonaten an der norwegischen Küste. In diesen Ländern wird der Hering so schnell und so frisch an Land gebracht, dass er an Land von Frauen, also mit billigen Arbeitskräften, gekehlt und gepackt werden kann. Dagegen haben die deutschen Heringslogger einen weiten Weg von den Fanggründen bis zu den Heimathäfen zurückzulegen. Ein solches Fangschiff braucht vier bis sechs Wochen zu jeder Reise; deshalb muss der Hering schon an Bord von Männern gekehlt und gesalzen werden. Im Heimathafen werden die Fische aus der Seepackung (Kantjes) herausgenommen und dann erst sortiert und gepackt. Durch längere Inanspruchnahme der Schiffe für eine Fangreise ist die deutsche Heringsfischerei gegenüber der englischen jederzeit im Nachteil. Daher rührt auch die mangelhafte Rentabilität der deutschen Heringsfischerei trotz des Zolls und trotz der gezahlten Subventionen. Nach den Jahresberichten über die deutsche Fischerei hat die deutsche Heringsfischerei an Subventionen in fünf Jahren 3 637 300 Mark in Form von Darlehen, Betriebsmittelkrediten und in bar gekostet. Die Darlehen sind zwecks Gesundung der Heringsfischerei fast völlig niedergeschlagen worden. An Fangprämien wurden zuletzt 2 Mark je Fass gezahlt. Auch wenn weitere 30 Heringslogger gebaut werden, kann die deutsche Fischerei bei weitem den deutschen Bedarf an Salzheringen nicht decken. Der deutsche Gesamtfang betrug in den Jahren 1929 = 242 465 Tonnen mit 136 Fahrzeugen, 1930 = 245 992 Tonnen mit 124 Fahrzeugen und 1931 = 317 000 Tonnen mit 118 Fahrzeugen. Hingegen belief sich die Einfuhr ausländischer Salzheringe nach Deutschland noch im letzten Jahre auf 967 785 Tonnen; davon waren 528 127 Tonnen englisch-schottischer Herkunft.

Schneidet man irgendwie die ausländischen Zufuhren ab - und die Verdreifachung des Heringszolls zielt ja doch wohl darauf hin -, dann muss sich das Angebot verknappen. Die Verknappung des Angebots muss aber unbedingt zu Preissteigerungen führen.

SPD. Die Autarkiefreunde behaupten immer wieder, dass die Kontingentierung gar nicht den deutschen Warenexport schädigen wird. Dabei berufen sie sich darauf, dass Deutschland von den andern Ländern Rohstoffe kauft. Wenn die andern Länder aber an Deutschland Rohstoffe verkaufen wollen, dann müssen sie deutsche Fertigwaren abnehmen. Den Autarkiefreunden schwebt dabei so etwas wie ein Ausgleich zwischen der Rohstoffeinfuhr, die unsere Industrie braucht, und dem deutschen Warenexport vor.

Dieser Gedanke ist Unfug. Das beweist das Konjunkturforschungsinstitut in seiner letzten Wochenveröffentlichung. Vor allem muss man bedenken, dass die Länder, die uns Industrierohstoffe liefern, gar nicht die Länder sind, die in der Hauptsache deutsche Industriewaren abnehmen. Bei den Lieferländern von Industrierohstoffen handelt es sich in erster Linie um Uebersseeländer. Die Länder jedoch, die in der Hauptsache deutsche Industriewaren beziehen, sind europäische Länder. Im Warenverkehr mit den europäischen Ländern erzielte Deutschland im Jahre 1931 einen Ausfuhrüberschuss von 4 Milliarden Mark, während sich im Warenverkehr mit Uebersee ein Einfuhrüberschuss von mehr als 1½ Milliarden Mark ergab. Schon die beiden Zahlen beweisen, dass der von den Autarkisten geträumte Ausgleich unmöglich ist. Der Bezug von Industrierohstoffen fällt nicht mit dem Export von deutschen Fertigwaren zusammen.

Lehrreich ist auch eine Aufstellung des Konjunkturforschungsinstituts, welche Länder für den Export deutscher Fertigwaren besonders in Frage kommen. Im Warenverkehr mit Holland erzielte Deutschland im ersten Halbjahr 1931 einen Ueberschuss von 571 Millionen Mark, im ersten Halbjahr 1932 einen Ueberschuss von 181 Millionen Mark, im Warenverkehr mit Dänemarck 187 bzw. 28 Millionen, im Warenverkehr mit Schweden 267 bzw. 68 Millionen Mark.

Diejenigen Staaten, die durch die Kontingentierung am meisten geschädigt würden, sind die besten Abnehmer deutscher Industriefertigwaren. Die Position Deutschlands gegenüber diesen Ländern ist schwach, da Deutschland ja im Warenverkehr mit ihnen verdient. Stösst Deutschland durch die Kontingentierung diese Länder vor den Kopf, so decken sie sich eben anderswo mit Fertigwaren ein.

SPD. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der am Donnerstag tagte, hat sich scharf gegen eine Zinskonversion und eine Kontingentierung gewandt. Beide Massnahmen seien nur geeignet, neue Unruhen in die Wirtschaft zu bringen. Sie gefährden den Erfolg des Papenschen Wirtschaftsprogramms, hinter das sich der Reichsverband der deutschen Industrie - angesichts der Vorteile, die das Papensche Programm für das Unternehmertum bringt, kann das nicht Wunder nehmen - voll und ganz stellt. An den Reichskanzler wurde folgendes Telegramm abgesandt:

"In ernstester Sorge um die Erfolge des wirtschaftlichen Reformversuches der Reichsregierung bitten Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einstimmig, von den beabsichtigten Kontingentierungs-massnahmen Abstand zu nehmen. Dieser einstimmige Beschluss entstand durchaus nicht aus irgendwelcher Opposition gegen die Landwirtschaft oder gegen das auch von der Industrie dringlichst erstrebte Ziel der Wiederherstellung ihrer Rentabilität, für die wir mit der Landwirtschaft bis zum Äussersten eingetreten sind und noch eintreten. Auch haben nicht einseitige Interessen der Ausfuhrindustrie die Entschliessung des Reichsverbandes beeinflusst. Die einmütige Stellungnahme von Präsidium und Vorstand beruht vielmehr auf der Erkenntnis, dass eine Kontingentierung den Erfolg, den die Landwirtschaft von ihr erhofft, nicht haben kann, der Industrie aber die Möglichkeit

ten einer Wiederbelebung benimmt und die von der Reichsregierung erstrebten Ansätze zur Behebung der Arbeitslosigkeit gleich im ersten Stadium vernichtet."

Im übrigen verlangt der Reichsverband der deutschen Industrie Durchführung einer Umschuldungsaktion für die Gemeinden und im Zusammenhang damit die Schaffung einer kommunalen Finanzordnung und eines endgültigen Finanzausgleichs. Die Pläne des Reichsverbandes gehen hier nach Richtung eines weiteren Abbaus der Realsteuern-.

SPD. Die Sachverständigenbesprechungen, die in den letzten Tagen bei der Reichsregierung stattfanden, haben zu einem Kompromiss in der Kontingentierungsfrage geführt. In der beim Reichsernährungsministerium seit langem vorliegenden Kontingentierungsliste werden die vorgesehenen Sätze ermässigt. Der wesentliche Teil des Kompromisses scheint jedoch die Bestimmung zu sein, dass die Kontingentierungen nur bis Ende des Jahres 1932 gelten sollen.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 22. Sept.) A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte über 65 gr 9,25, über 60 g 8,75, über 53 g 8,25, über 48 g 7,75. Frische Eier über 53 g 7,75, aussortierte kleine und Schmutzeier 6. B. Auslandseier: Dänen 18er 8,75, 17er 8 - 8,25, 15½ - 16er 7,50, Rumänen 6 - 6,50, Jugoslawen 6,25 - 6,50, Russen normale 5,75 - 6. Kleine- und Schmutzeier 5,50 - 6. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: kühl. Tendenz: ruhig.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: weisse Kartoffeln 1,20 - 1,30, rote 1,30 - 1,50, Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,30, andere gelbbleichige 1,30 bis 1,50 RM, Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Rpf., im sonstigen Verkehr 7,50 Rpf bis 8 pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 22. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität III, II. 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.

Etwas fester.

(Berliner Getreidebörse vom 22. September)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in etwas festerer Haltung. Insbesondere galt das vom Weizen, dessen Angebot auch von den Stapelplätzen her geringer geworden ist. Die Nachfrage der Mühlen hatte sich allerdings kaum verändert, indessen zeigte sich vermehrtes Kaufinteresse der Exporteure. Aus diesen Gründen konnte die Notierung am Markte der Zeitgeschäfte wie auch am Promptmarkt um eine Mark heraufgesetzt werden. An Roggen war das Angebot in Bahnware klein, während kahnverladene Ware reichlicher zur Verfügung stand. Das Kaufinteresse war nicht bedeutend; indessen blieben die Preise bei der Notierung behauptet. Am Mehlmarkte zeigte sich noch keinerlei Belebung. Das Geschäft hielt sich in engsten Grenzen. Die Forderungen der Mühlen lauteten für beide Sorten unverändert. Hafer konnte sich im Preise behaupten. Das Angebot blieb klein, war aber bei der geringen Nachfrage des Konsums ausreichend. Gerste hatte stetige Tendenz.

	<u>21.9.</u>	<u>22.9.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	206 - 208	207 - 209
Roggen	160 - 162	160 - 162
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	136 - 141	136 - 141
Weizenmehl	25,25 - 29,75	25,25 - 29,75
Roggenmehl	21,20 - 23,55	21,20 - 23,55
Weizenkleie	9,80 - 10,20	9,80 - 10,20
Roggenkleie	8,50 - 8,90	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September - bis 221 (Vortag 220), Oktober 219½ (218), Dezember 220½ + Geld (219½), März 224½ - 224½ (223½), Roggen September 172 - 172½ (172½), Oktober 171½ - 171½ (171½), Dezember 172 - 172½ (172½), März 175½ - 176 (175½), Hafer September - (145½), Oktober 144 + Brief (-).

Berliner Milchpreis.

SPD. Für die Milchliefereien nach Berlin hat der Preisausschuss des Milchversorgungsverbandes unveränderte Preise in Rpf je Liter festgesetzt: 1. Trinkmilch 13,85, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 1,75; 2) a) für Werkmilch (9), b) tiefgekühlte Werkmilch (9). Die Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 Prozent und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Reichspfennig vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochenzahl ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag, den 23. September, auf 84 Prozent festgesetzt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 73.

Berlin, den 22. Sept. 1932.

Frauenarbeit in Amerika.^x

SPD. Welch ein Zerrbild der amerikanischen Frau vermittelt uns doch Hollywood! Während sich der deutsche Film langsam darauf besinnt, dass es auch eine erwerbstätige Frau gibt - in der Mehrzahl der Filme bietet sie sich allerdings als ein Dornröschen in einer verzauberten Bürowelt dar, das durch den Kuss des gütigen Direktor- oder Chef-Prinzen aus ihrem Stenotypistinnen-schlummer erlöst wird -, zeigt uns die amerikanische Filmproduktion die Frau fast ausnahmslos völlig losgelöst vom Erwerbsleben: auf dem Wege zum Filmstardum, als die Männer schröpfenden "Golddigger", als lockenden, heiter-unschuldigen Siegespreis im Kampfe der Männer.....

Es gibt keinen grösseren Gegensatz als den zwischen der Flimmersprache des Films und der nüchternen Sprache der Zahlen.

Das amerikanische Arbeitsamt übergibt der Öffentlichkeit eben jetzt eine Statistik über die Beteiligung der Frau am Berufsleben, deren Hauptteil sich mit einem Vergleich der amerikanischen Frauenarbeit im Jahre 1920 und der im Jahre 1930 beschäftigt. Dass sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 5 319 397 im Jahre 1900 auf 8 075 772 im Jahre 1910 und 10 372 116 im Jahre 1930 erhöht hat (im Jahre 1929 setzte bereits machtvoll die Wirtschaftskrise in Amerika ein), beweist den gewaltigen Anteil der amerikanischen Frau am Berufsleben. Aber ein noch viel kennzeichnenderes Bild vermittelt uns die Berufsschichtung. Da ist vor allem wahrzunehmen, dass die amerikanische Frau gewisser Berufe müde geworden ist, in denen sie noch vor verhältnismässig kurzer Zeit den Mann vollständig zu verdrängen schien, während sie sich erfolgreich Eingang in andre Berufe bahnt, die in den Vereinigten Staaten als ausschliesslicher Bereich der Männer galten.

Wie in Europa gilt auch in den Vereinigten Staaten der Beruf des Bäckers als ein rein männlicher. Und doch gibt es 8 916 weibliche Bäcker in Amerika. 1349 Frauen sind als Ziegelarbeiter tätig - doppelt so viele wie vor 10 Jahren. Die Statistik weist 15 weibliche Förster auf - ein Beruf, der in Deutschland wahrscheinlich keinen einzigen weiblichen Vertreter hat. Dagegen überrascht es uns, zu hören, dass im Jahre 1920 1495 Frauen in Kohlenbergwerken und im Jahre 1900 193 Frauen als Grobschmiede tätig waren, während es heute in diesen Berufen nur noch 146 beziehungsweise 8 Frauen gibt. Während wiederum im Jahre 1900 nur 1759 Frauen als Anstreicher und Glaser tätig waren, verzeichnet die letzte Statistik 4 765. Die Zahl der weiblichen Tapezierer hat sich von 408 auf 1456 vermehrt, und 9 104 Frauen arbeiten in Möbelfabriken.

Trotz eifriger Suche fanden die Statistiker in den ganzen Vereinigten Staaten nur einen weiblichen Feuerwehrmann, während es deren 13 im Jahre 1920 und 177 im Jahre 1900 gab. Dagegen hat die Autoindustrie im steigenden Ausmasse Frauen an sich gezogen. Genau wie bei uns wurden in Amerika während des Weltkrieges Frauen als Strassenbahnschaffner aufgenommen. Aber während die Frau in diesem Berufe bei uns wieder ausgestorben ist, verzeichnet die amerikanische Statistik noch immer 4002 Autobus- und 17 Strassenbahnschaffnerinnen. Während bei uns die "Taxichauffeuse" noch immer eine unerhörte Sensation - Thema neckischer Couplets - darstellt, weist die amerikanische Statistik 1502 weibliche Chauffeure auf. 12 357 Frauen verdienen sich in Amerika als Aufzugwärter ihr Brot. Sie liessen sich aus diesem Berufe, in den sie während des Weltkrieges Eingang gefunden haben, auch im Frieden nicht mehr verdrängen.

gen. Zahlreiche grössere amerikanische Bürogebäude verwenden grundsätzlich nur Frauen für die Bedienung der Aufzüge. Nicht weniger als 235 259 Frauen sind im Telephondienst tätig. Für das Jahr 1930 weist die Statistik die gewaltige Zahl von 775 140 Stenotypistinnen auf, eine Zahl, die sich allerdings inzwischen unter dem Einfluss der drückenden Wirtschaftskrise nicht unerheblich vermindert haben dürfte.

Dass sich 5 665 Frauen als Inseratenagentinnen, 14 705 als Versicherungsagentinnen - viermal so viel wie im Jahre 1920 - und 31 787 als Realitätenagentinnen ihr Brod zu verdienen versuchen, ist aus der letzten Entwicklung des Arbeitsmarktes leicht erklärbar. Interessant jedoch ist die Tatsache, dass es in den Vereinigten Staaten 274 weibliche Sheriffs, 63 Gerichtsdienerrinnen, 685 Detektivinnen und 849 Polizistinnen gibt und dass die Zahl der Polizistinnen sogar noch im Ansteigen begriffen ist! Ganz gewaltig endlich ist der Anteil der Frauen am Unterrichtswesen. Hunderttausende unterrichten an den Elementarschulen - das war auch schon vor zehn und zwanzig Jahren so. Aber die Statistik zählt auch nicht weniger als 20 131 Frauen auf, die an den Colleges als Professoren, Dekane und Präsidenten tätig sind, mehr als doppelt so viel wie im Jahre 1920.

Alle diese Zahlen vermitteln uns einen ungemein lehrreichen Querschnitt durch die amerikanische Frauenarbeit der Gegenwart, wenn wir auch nicht vergessen dürfen, dass die würgende Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten hier ständig Wandel schafft. Viele Tausende Frauen kehren allwöchentlich zur Hausarbeit zurück, viele Tausende fallen der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last, und ständig wächst das Heer der Prostituierten... Aber darüber gibt es in Amerika keine Statistik.

Dr. Leo Korten.

Ehe im Uebergang.^x

SPD. "Die Ehe ist immer noch", so räumt Dr. Alice Rühle-Gerstel in ihrer kenntnis- und materialreichen, kürzlich bei S. Hirzel in Leipzig erschienenen psychologischen Bilanz "Das Frauenproblem der Gegenwart" ein, "der breiteste Platz, der innerhalb der Männerwelt, innerhalb unserer männlich orientierten Kulturwelt den Frauen eingeräumt wird." Auf diesem ihrem eigensten Gebiet aber ist es nicht die Frau, sondern wieder der Mann, der die Hauptrolle spielt, der es verstanden hat, nicht nur in der Welt draussen, sondern auch innerhalb der Ehe den ersten Platz zu behaupten. Er ist es, der die Wahl des Ehepartners getroffen hat; er ist das Oberhaupt der Familie, hat das Verfügungsrecht über die Ersparnisse, teilweise sogar über das Einkommen seiner Ehefrau. Diese verliert bei der Eheschliessung mit ihrem Mädchennamen und ihrer früheren Staatsangehörigkeit zugleich das Recht, ohne Einwilligung des Mannes ein eigenes Bankkonto zu eröffnen, Grund und Boden zu erwerben, eine Auslandsreise anzutreten, einen Eingriff an ihrem eigenen Körper vornehmen zu lassen. Für alles das braucht sie die Erlaubnis des Ehemannes, sodass sie in allen diesen Beziehungen der unverheirateten Frau gegenüber als entrechtet erscheint. Gründe genug, geistig hochstehende und selbständige Frauen vor der Ehe zurückschrecken zu lassen, die ihnen als Freiheitsberaubung oder gar als unerträgliche Fessel erscheinen muss. Diese Fessel empfinde aber - so fährt die Verfasserin fort - nicht nur die hochstehende, sondern auch die eingeeengte Frau als lästig. Gerade für sie sei die Ehe erst recht das Hauptgebiet des Lebens, ja, ihr einziges Wirkungsgebiet überhaupt. Unerträglich also müsse es für sie sein, selbst auf diesem Hauptgebiete nur eine Nebenrolle zu spielen. Jeder Mensch, besonders aber der bedrückte, möchte irgendwo die Hauptrolle spielen. So versuche sie auf Umwegen und durch Hintertüren dennoch innerhalb der Ehe nach oben zu kommen, sei es durch offene Tyrannei, wie die "Furie", durch Bezauberung und

Uebermacht ihres Wesens, wie die "Dämonische", durch Hilfsbedürftigkeit, Koketterie, Infantilität, wie das "Kindweib", die "Liebesgöttin" und die "Prinzessin"; immer sei die Weiblichkeit zu einem sieghaften Finale umgebogen. "Die Ausserungsform durchschreitet die Skala vom Allerhärtesten zum Allerweichsten. Streitsucht, Nörgelei, Schwatzhaftigkeit, Wehleidigkeit, Eifersucht, Kränklichkeit, Launenhaftigkeit, Leidenschaft, Zärtlichkeit, alle diese Eigenschaften und das ihnen zugehörige Verhalten zielen auf den Sieg über den Mann". So erweist sich die Ehe als der Tummelplatz wildesten Geltungsstrebens der Frau, die als die Unterdrückte, Zweitrangige keinen geraden Weg gehen, mit offenen Waffen nicht kämpfen kann.

Alte Formen müssen zerbrochen, neue Wege gesucht, eine neue Geschlechtsmoral muss geschaffen werden, - das alles sind Binsenwahrheiten. Die ganze Welt ist von einer Krisis erfasst, wie sie bisher unvorstellbar war; alle Kulturvölker dieser Erde winden sich in Krämpfen; überall wird Neues geboren; es gärt und brodet auf allen Gebieten. Aus diesem Chaos wird und muss auch, wie der Phönix aus der Asche, eine neue edlere und reinere Geschlechtsmoral sich erheben, die die wahre Gleichberechtigung - nicht die Gleichheit der Geschlechter - zur Voraussetzung hat. Gerade diejenigen, denen der Bestand der Ehe besonders am Herzen liegt, werden nicht bedingungslos "Ja" sagen können zu ihrer heutigen Form. In der ganzen Welt arbeiten die aktivsten und bewusstesten Frauen nicht an der Abschaffung, sondern an einer würdigeren und zeitgemässen Umgestaltung, am Umbau der Ehe. In Deutschland geschieht, so meint Alice Rühle, diese Arbeit noch immer unsystematisch, zögernd und lustlos. Zwei so grundverschiedene Länder dagegen wie Amerika und Russland haben bereits im grossen Masstabe begonnen, in mächtigen praktischen Vorstössen das bisher geltende Verhältnis anzutasten.

In Amerika ist die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern und die gesellschaftliche Arbeitsteilung ganz anders als bei uns. In Europa beherrscht der Mann die Wirtschaft, den Staat, den Geist, das Recht, die gesamte Kultur; der Frau bleiben häufig nur Haushalt und Kinder. In Amerika dagegen ist der Mann vor allem Herr im Erwerbsleben; die meisten andern Funktionen jedoch sind indirekt oder direkt der Frau übertragen, besonders fast alle, welche die soziale und persönliche Lebensgestaltung betreffen. Die Mehrzahl der Lehrkräfte sind in Amerika Frauen. Schon 1908 zählte man dort etwa 1000 weibliche Privatdozenten und Universitätsprofessoren, 1000 weibliche Anwälte - und an Predigerinnen besass Amerika gar 3500. Frauen im Polizeidienst, als Schiffskapitän, Lotsen, Ingenieure usw. sind keine Ausnahmen. Persönliches Vermögen und Erwerbseinkommen sichern der Frau im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten eine weit grössere Freiheit in der Gattenwahl und in der Eheführung. Ein weitmaschiges Netz von Scheidungsmöglichkeiten gibt den Frauen grössere Gelegenheit zum Partnerwechsel. Die amerikanische Ehefrau steht also dem Manne ungleich ebenbürtiger und freier gegenüber als die europäische. Dennoch könnten wir, so meint Dr. Rühle, bei unsrer so ganz anderen Mentalität von dieser Ehereform für uns nur wenig profitieren. Die amerikanische Ehe sei keine Kameradschaftsehe im Sinne Lindseys und erst recht keine echte Gemeinschaftsehe. Von Gesinnungs- oder Ideengemeinschaft könne dort überhaupt keine Rede sein, wo das Geistige, die "Kultur", hauptsächlich den Frauen zur Erledigung aufgegeben werde, während die Männer sich vorwiegend im Geschäfte betätigten.

Viel mehr Anregung und Nutzen für unsre eigene Ehereform könnten wir nach Ansicht Dr. Rühles aus dem Beispiel der russischen Ehe ziehen. Auch hier ist die Emanzipation der Frau viel weiter fortgeschritten als bei uns; die Frau ist dem Manne völlig gleichgestellt; ihre Mutterschaft wird als soziale Arbeitsleistung bewertet. Die Frau behält bei der Eheschliessung ihre Staatsangehörigkeit und ihren Namen, auch volles Verfügungsrecht über ihr Vermögen und Einkommen. Rechte und Pflichten der Eltern sind gleichmässig verteilt. Die Geburtenregelung wird wissenschaftlich gefördert. Mütter haben Anspruch auf staatliche und gemeindliche Versorgung ihrer Kinder. Die Frau kann unge-

hindert die höchsten Staatsstellungen bekleiden. So ist die Ehefrau prinzipiell von allen Zurücksetzungen und Hemmungen im öffentlichen und privaten Leben frei. Die Frau hat einen neuen Start bekommen, von dem aus sie auch das schwierige Problem der Ehe neu ordnen kann. Selbstverständlich sind auch hier erst Anfänge vorhanden. Die seelische Umstellung kann nur sehr langsam nachfolgen.

Auf alle Fälle könnten wir aus den Erfahrungen dieser Ehereformen lernen, dass der beste Boden für Verständnis und sachliche Beziehung die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau vom Manne und die Arbeitskameradschaft sei. Ein Ersatz für die Arbeitsgemeinschaft sei die Gesinnungsgemeinschaft, ganz gleich ob sie national, politisch oder sozial gefärbt sei; jedenfalls biete sie dem Paar doch einen gemeinsamen Blickpunkt über die private Beziehung hinaus. Gemeinsam aber an etwas Ausserpersönliches glauben, für etwas Ausserpersönliches schaffen oder kämpfen, - das ist eine der stärksten Bindungen, die es zwischen Menschen überhaupt gibt!

Dr. Lily Herzberg.

Ehe in aller Welt.^x

SPD. Der einzige Staat, der in seinen Gesetzen ausdrücklich hervorhebt, dass die Frau in der Ehe dem Manne grundsätzlich gleichgestellt ist, dürfte Finnland sein. Das deutsche Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches stellt bekanntlich in mancher Beziehung die Oberherrschaft des Mannes fest; in den Dingen des gemeinsamen Lebens entscheidet der Ehemann usw. Das französische Recht des code civil, das auch in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Altrümänien gilt, bestimmt, dass der Mann seiner Frau Schutz, sie ihm Gehorsam schuldig sei. Das Sowjetrecht enthält hierzu keine besonderen Vorschriften. Bei der Eheschliessung lautet die Form der Erklärung: "Ich nehme dich zum Ehegatten, bis der Tod oder der Wunsch eines von uns beiden uns scheidet." Diese Leichtigkeit der Scheidung wirkt sich naturgemäss mehr zum Nachteil der Frauen aus. Eine auf Zeit geschlossene Ehe dürfte aber nur Persien kennen. In Persien gibt es zwei Eheformen, eine Dauerehe und eine andere, die auf Jahre, Monate oder sogar Tage geschlossen werden kann. Ausserdem gibt es dort noch besondere Vorschriften für die Ehe von Sklaven untereinander oder von Sklaven mit freien Personen. In China gibt es wie im alten Rom eine Ehe zweiter Ordnung, ein Konkubinat, das die Mitte zwischen der Vollenhe und dem freien Verhältnis einnimmt.

Die grösste Zahl der Ehescheidungen haben nach Russland die Vereinigten Staaten. Im Jahre 1926 wurden dort 170 867 Scheidungen ausgesprochen. Es kommt sogar in einzelnen Staaten vor, dass die Zahl der Scheidungen die der Eheschliessungen übersteigt. So hatte im Jahre 1922 Nevada 1026 Scheidungen gegen über 935 Eheschliessungen. Dass auch in Europa die Zahl der Scheidungen allgemein steigt, ist ja bekannt. So gab es im Jahre 1929 in Frankreich 19 353 Scheidungen gegenüber 14 261 im Jahre 1910. In allen Ländern wird beobachtet, dass Scheidungen häufiger in kinderlosen oder kinderarmen Familien als in kinderreichen vorkommen. Dass die Kinder Zweck der Ehe sind, stellt das heilige Buch der Mohammedaner, der Koran, fest, der ausdrücklich die Ehe als Verbindung von Mann und Weib zur Fortpflanzung des menschlichen Geschlechts bezeichnet. Ähnlich fassten oft antike Völker, die den Bevölkerungszuwachs fördern wollten, die Ehe auf. So gab es im alten Ägypten eine "Ehe auf Probe", in der die weibliche Fruchtbarkeit erprobt werden sollte. In Athen durften Frauen in einem bestimmten Falle, wenn die Ehe kinderlos war, sich mit andern Männern einlassen, und im alten Rom bestimmte der Kaiser Hadrian, dass Verbrechern, die Kinder hatten, je nach der Zahl ihrer Kinder ein Teil der Strafe erlassen wurde. Es wäre vielleicht human im Sinne des neuzeitlichen Strafvollzugs, wenn auch bei uns bei Bemessung von Freiheitsstrafen der Beziehung des Straf-

täters, Mann oder Frau, zu seiner Familie, den Kindern, Beachtung geschenkt würde, freilich nicht im Sinne der Belohnung für die Kinderzeugung, sondern im Sinne der Aufrechterhaltung der natürlichen Familienbände, der Beziehung zwischen Vater und Mutter und Kindern. Sieht man Ehe und Familie als Grundlage der Kultur und der Volksgemeinschaft an, so muss alles nach Möglichkeit vermieden werden, was diese Grundlage zerstört.

Henni Lehmann.

----- Die Heiratsaussichten der Frau.X -----

SPD. Wir sind zwar über die Zeit hinausgewachsen, in der das heranreifende Mädchen seine ganzen Zukunftspläne auf die Ehe einstellte. Trotzdem wird vielleicht weniger vom Gedanken an die "Versorgung" bestimmt, als von dem der Gemeinschaft mit einem geliebten Menschen - die Frage der Heiratsaussicht für die Frau immer von Wichtigkeit bleiben. Schon vor dem Kriege war in Deutschland ein durch die höhere Knabensterblichkeit hervorgerufener Frauenüberschuss vorhanden, obwohl die Knabengeburten die Mädchengeburten mit einer ausserordentlichen Regelmässigkeit übertrafen. Mit dem Kriegsausbruch änderte sich die Sache jedoch grundlegend durch den Ausfall an Geburten in den Jahren 1915 bis 1919, den man auf mindestens 3 Millionen gegenüber den vorausgegangenen Normaljahren annehmen darf. Durch diesen Ausfall werden sich in den nächsten Jahren die Heiratsaussichten der Frauen, die in den Nachkriegsjahren besonders ungünstig gewesen sind, ganz erheblich verbessern: es wird zu einer Knappheit an heiratsfähigen Mädchen kommen, die für eine bestimmte Anzahl von Jahren anhalten wird.

Diese Voraussage lässt sich folgendermassen begründen: Die Erfahrung lehrt dass etwa 75 % der Männer Mädchen heiraten, die jünger sind als sie selbst. Wenn nun die normal besetzten Jahrgänge der vor dem Kriege - etwa zwischen 1909 bis 1913 geborenen Männer in das übliche Heiratsalter gelangen, so kommen für sie im allgemeinen die in den Jahren 1914 bis 1919 geborenen Mädchen als Gattinnen in Betracht. Die Zahl dieser Mädchen ist aber um etwa ein Drittel geringer als die der noch aus den Normaljahren stammenden Männer. Zum Ausgleich ist zu erwarten, dass auch ein Teil des Frauenüberschusses aus den letzten Vorkriegsjahren und auch noch ältere Mädchen zur Heirat gelangen. Dazu kommt noch dass sich das durchschnittliche Heiratsalter des Mannes verjüngt hat, was ebenfalls eine Verbesserung der Heiratsaussichten der Frau bedingt, die sich bereits heute auswirkt. Die Zunahme der weiblichen Berufstätigkeit, der allerdings heute die grosse Arbeitslosigkeit gegenübersteht, ermöglicht jungen Paaren eine frühere Heirat, da sie die Frau an den finanziellen Lasten einer Ehe teilnehmen lässt.

E. Sp.-Br.

----- Wo die Liebe hinfällt....X -----

SPD. Nach seinem Aussehen zu urteilen, hätte er wohl aus dem Zoo entsprungen sein können, um in den heimatlichen Urwald zurückzugelangen. Fliehende Stirn, Wulstlippen, vertierter, stumpfer Blick, kleine Gestalt, überlange Arme. Scheu und geduckt, wieder eingefangen, sitzt er zum 28. Male im Käfig der Anklagebank, nachdem er bei seinem 27. Aufenthalt aus der Strafanstalt entsprungen war. "So eine Hässlichkeit und Kümmerlichkeit muss eben auf die schiefe Bahn führen", denkt man und hört dann erstaunt die Aufzählung seiner Delikte. Denn dieser Gorilla ist einer der begehrtesten und gewandtesten Heiratsschwindler. Ja, der sattsam berühmte "sex appeal" hat sich da einen Spass erlaubt.

Die Brautens, die diesmal bei der Komödie mitwirkten, sind so dürftig und miekrig, dass man garnicht recht zur Schadenfreude über so viel Dummheit kommt. Zuerst eine zermürbte, armselige Zeitungsfrau, hoch in den Vierzigern. Pfennig auf Pfennig hat sie gespart, bis sie sich wirklich einen Schatz von 48 Mark beiseite legen konnte für "ganz schlimme Zeiten". Eine Abendbekanntschaft mit diesem imponierenden Verehrer, ein bisschen geheuchelte Herzlichkeit, dazu als nie versagender Köder ein bisschen Schmus vom Standesamt - und sie gibt ihm sofort bis aufs letzte alles, was sie zu vergeben hat. Am andern Morgen verlässt er die Wohnung der "Braut", um gleich auf dem Standesamt die nötigen Schritte zu tun, und kann dann - merkwürdiges Pech! - ihr Haus absolut nicht wiederfinden.

Die zweite ist auch schon nicht mehr ganz knusprig und reichlich einfältig. Aber ihr Muttchen hat wenigstens ein paar Haare auf den Zähnen. Muttchen meint zwar zuerst, in dieser bösen, männerarmen Zeit dürfe man sich nichts entgehen lassen; schon garnicht einen Schwiegersohn, "einziges Kind einer wohlhabenden Familie, Kapitän eines Schiffes". Ausserdem trägt er noch als Zugabe das Wort Gottes mit so viel Ueberzeugung auf seiner sächselnden Zunge. So stimmt sie also - denn so was muss man sich rasch einfangen - der sofortige Uebersiedlung in ihr Heim von Herzen zu. Nur, dass dieser Ehrenmann sich gleich mit Koffern und Sparkassenbuch zu schaffen macht, erscheint ihr doch übereifrig. Misstrauisch geworden, beobachtet sie ihn und bringt ihn auch schliesslich zur Anzeige.

So kommt er denn zum 28. Male in den Käfig zurück. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass der "Kapitän" seinen eigenen Rekord als Herzensbrecher noch erheblich verbessern wird. Die Dummen werden eben nicht alle. Oder vielleicht ist es ein Zeichen der Zeit, dass so viele Opfer sich hier blindlings auf "das grosse Glück" gestürzt haben, auch wenn es noch so unwahrscheinlich und abstoßend erschien.

Elfriede Brandt.

SPD. Fressprotzen.^x Mark Twain sass in einem amerikanischen Restaurant. Zwei junge Herren, übertrieben elegant angezogen, kamen herein und winkten dem Kellner. "Ich möchte Hummer", sagte der eine, "und sagen Sie dem Küchenchef eine Empfehlung von mir! Dann wird der Hummer schon nach meinen Wünschen ausfallen." Der zweite junge Mann bestellte ein Beefsteak. "Und bestellen Sie dem Direktor einen schönen Gruss; ich wäre hier", sagte er. Worauf Mark Twain mit näseler Stimme dem Kellner rief: "Herr Ober! Bringen Sie mir ein Dutzend Austern und teilen Sie jeder einzelnen mit, ich wäre eben angekommen und wünsche, sie zu verspeisen!"

SPD. Neue Sachlichkeit.^x Das rasend moderne Mädchen telefoniert bei Herrn Wiesel an: "Herr Wiesel, ach, ich sollte Ihnen nur etwas mitteilen. Ihr Sohn Tommy hat nicht den nötigen Mumm dazu. Ich habe mich eben mit ihm verlobt." "So", sagt der Vater am Telefon, "das ist ja reizend. Ich finde, Sie hätten vorher ruhig erst mal mit mir darüber sprechen können." "Das ist auch wieder wahr", sagt das rasend moderne Mädchen, "aber ich interessiere mich nun mal mehr für jüngere Herren."

Preussischer Landtag

19. Sitzung.

SPD. Berlin, den 22. September 1932.

In der Donnerstagsitzung des Preussischen Landtags sind Haus und Tribünen wieder stark besetzt.

Das Haus geht nach der Bildung mehrerer Untersuchungsausschüsse zur Beratung der Anträge über das Gehorsamsverhältnis der Beamten zur kommissarischen Regierung über.

Abg. Steuer (Dnat) erhält das Wort zur Begründung; des Antrages seiner Fraktion, der die Aufhebung des damaligen Landtagsbeschlusses fordert. Kaum hatte Abg. Steuer die Rednertribüne betreten, als laute Gespräche bei den Nationalsozialisten und Kommunisten einsetzen, die die Worte des Redners unverständlich machen. Präsident Kerl versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen. Schlusslich verlässt er seinen Platz, womit die Sitzung unterbrochen ist. Nach einer Pause von etwa 10 Minuten erscheint Präsident Kerl wieder im Saal, eröffnet die Sitzung und gibt dem Abg. Steuer (Dnat) wiederum das Wort. Sofort setzen neue Lärmszenen ein, die sich immer mehr steigern. Als Abg. Steuer sich infolgedessen wiederum nicht verständlich machen kann, wendet er sich erregt an den Präsidenten und fordert ihn auf, Ruhe zu schaffen. Dem Präsidenten gelingt es aber nicht, sich durchzusetzen. Er unterbricht daher die Sitzung abermals. Nach kurzer Pause wird die Sitzung wieder eröffnet und der Präsident erteilt dem Abg. Steuer zum dritten Mal das Wort. Im Hause herrscht immer noch grosse Erregung. Die Nationalsozialisten verlassen jetzt bis auf einige Horchposten den Saal.

Abg. Steuer (Dnat) beginnt seine Ausführungen mit einem nachdrücklichen Protest gegen das Verhalten der Nationalsozialisten. Er erklärt, er müsse feststellen, dass die Nationalsozialisten ihr Schreikonzert begonnen hätten, ehe er auch nur seine sachlichen Ausführungen begonnen habe. Wenn die Nationalsozialisten auch nur einige Wicherheit dafür hätten, dass ihre geistigen Argumente von irgend einem Gewicht wären, dann würden sie solche Szenen hier nicht aufführen. (Sehr wahr! bei den Dnat.) Was den Landtagsbeschluss gegen die Gehorsamspflicht der Beamten angehe, so hätten die Nationalsozialisten jetzt einen völligen Umfall vollzogen. Die Deutschnationalen könnten aber weder für den nationalsozialistischen Rückzugsantrag stimmen, noch für den Zentrumsantrag. Nur blinder Parteifanatismus könne die Nationalsozialisten veranlassen, jetzt die Deutschnationalen anzugreifen und zu vergessen, dass noch im letzten Landtag die Deutschnationalen es gewesen seien, die sich schützend vor die die vom Kabinett Braun Verfolgten und Unterdrückten stellten. Der Abg. Kube habe damals der deutschnationalen Fraktion ein Dankschreiben übersandt, worin er sich für die Ritterlichkeit bedankt habe, mit der die Deutschnationalen der schwachen Gruppe der Nationalsozialisten geholfen hätten. Herr Kube habe in jenem Schreiben der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der Augenblick kommen möge, in dem er diese Ritterlichkeit zurückerstatten könne. (Grosse Heiterkeit links und Zurufe: Jetzt haben Sie den Dank vom Hause Harzburg!) Das jetzige Verhalten der Nationalsozialisten werde ihre Wähler stutzig machen. Die Nationalsozialisten spekulierten auf das kurze Gedächtnis der Zeitungsleser bei ihren neuen schärfsten Angriffen gegen die Reichsregierung von Papen. Tatsächlich sei es erst wenige Wochen her, dass die Nationalsozialisten das Kabinett von Papen begrüsst hätten. Während die Nationalsozialisten damals das Zentrum noch auf das heftigste angriffen, hätten sie bald darauf Koalitionsbesprechungen mit demselben Zentrum begonnen. (Hört, hört! bei den Dnat.)

Abg. Dr. Nicolai (Natsoz) begründet einen Antrag, in dem es heisst: Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preussen von der am Ruder befindlichen Regierung gemäss dem von ihr beschworenen Eid geachtet und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und staatlichen Angestellten Preuss-

sens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen.

Die Verhandlungen werden dann zur Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. Auf Vorschlag des Geschäftsordnungs-Ausschusses wird die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten in fünf Fällen versagt. Auf Antrag des Rechtsanwalts Frank II - München empfiehlt der Ausschuss die Aufhebung der Immunität des Abg. Dr. Braun (Soz), des früheren preussischen Ministerpräsidenten, zur Durchführung einer Privatklage Adolf Hitlers. Dieser Antrag wird jedoch mit 200 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

Das Haus stimmt dann über zahlreiche Anträge zu Bergwerksfragen ab. Angenommen wird ein Antrag des Handelsausschusses, der verlangt, dass der Betrieb der Borsigwerke A.G. in Oberschlesien zu Gunsten des Landesfiskus enteignet werde; die vom Preussischen Staat kontrollierte Oberhütten A.G. soll wegen Uebernahme des Hütten- und Walzwerks der Borsig-A.G. mit dieser und der Mittel deutschen Stahl A.G. erneut Verhandlungen aufnehmen; schliesslich sollen die Ansprüche der Pensionäre des Borsigwerks und ihre bisherigen Werkwohnungen gesichert werden. Ein ebenfalls angenommener Antrag des Handelsausschusses ersucht um Subventionen des Reiches für einzelne Unternehmungen des Blei- und Zinkbergbaus, und zwar sowohl für Privatunternehmungen wie für solche im Staatseigentum; ferner werden vom Reiche Kredite erwartet, um die Stilllegung der Hütten- und Erzbergwerke der Stolberger A.G. und der Werke im Harz zu verhindern; schliesslich werden von der Reichsregierung Zollmassnahmen zu Gunsten der Blei- und Zinkproduktion verlangt. Angenommen wird ferner ein Antrag des Handelsausschusses, der Massnahmen verlangt zur Verhinderung der Stilllegung des Steinkohlenbergwerks "Dicksche Heide" der Niederrheinischen Bergwerks-A.G.

Andere angenommene Anträge des Handelsausschusses verlangen ein Verbot der Beschäftigung der Bergbau-Beamten und -Angestellten mit niederen Arbeiten während der Feierschichten; kaufmännische Beamte und Arbeitnehmer, die vorwiegend Büroarbeiten verrichten, sollen nicht zu technischen Arbeiten herangezogen werden. Ein "Drinbleiben" von Bergarbeitern über ihre normale Pflichtzeit hinaus soll nicht mehr gestattet werden. Ferner werden überstaatliche Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit im europäischen Bergbau empfohlen. Die Regierung soll sich auch dafür einsetzen, dass die Mieten der Werkwohnungen dengesunkenen Löhnen angepasst werden. Durch Notstandsarbeiten an der Wenzeslaus-Grube bei Neurode (Schlesien) soll ein Ersaufen dieser Grube verhindert werden. Die Bemühungen um die Ansiedlung arbeitsloser Bergleute sollen fortgesetzt werden, insbesondere zu Gunsten der durch Stilllegung der Wenzeslaus-Grube arbeitslos gewordenen. Ein weiterer Antrag verlangt die Befreiung nicht nur der Bergarbeiter, Angestellten und Beamten, sondern auch der Werkbesitzer von der Beitragspflicht zur Erwerbslosen-Versicherung. Zwischengeschirre wie auf der Schachtanlage Dorstfeld sollen durch Laschenverbindungen ersetzt werden oder, wo das aus technischen Gründen nicht sofort möglich ist, sollen Notketten an den Förderkörben eingeführt werden. Ferner soll geprüft werden, ob die Fangvorrichtung auf Dorstfeld nicht veraltet ist und durch erprobte Fangvorrichtungen ersetzt werden muss. Die preussischen Seilfahrtseinrichtungen sollen ganz allgemein überprüft werden. Die Angehörigen der am 14. Mai auf Dorstfeld zu Tode gekommenen Bergarbeiter sollen je tausend Mark Beihilfe bekommen; die Schuldigen sollen der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Schliesslich wird noch ein Antrag angenommen, darauf hinzuwirken, dass die Zeche "Ewald Fortsetzung" im Kreise Recklinghausen-Land wieder in vollen Betrieb genommen wird. Die Gemeinde Oer-Erkenschwick soll durch Hilfsmassnahmen vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden.

Hierauf setzt das Haus die unterbrochene Aussprache über die Gehorsamspflicht der Beamten fort.

Abg. Bugdahn (Soz.):

Wer den Schmerz des Herrn Steuer, der hier vor einer Stunde zum Ausbruch kam, ganz verstehen will, muss beobachtet haben, welche Hoffnungslosigkeit Herr Steuer hier wegen der nationalen Mehrheit, die jetzt errungen sei, zur Schau getragen hat, Herr Steuer hat sich die Erfüllung seiner Sehnsucht aber wohl ganz anders vorgestellt, als es heute gekommen ist. Wir verstehen auch, wenn der deutschnationale Redner sich jetzt über den Undank der Nationalsozialisten beschwert. Die Deutschnationalen haben hier im Hause und draussen wirklich alles getan, um die Nazis grosszuziehen. (Sehr wahr!) Keine Ursache zur Beschwerde hat Herr Steuer aber über das störende Verhalten Kubes und seiner Leute; denn wie oft haben die Deutschnationalen früher zur Ministerbank hinüber das gleiche Spiel gespielt. Herr Steuer ist auch der ungeeignetste Mann, sich über die Angriffe auf Führer anderer Parteien zu beklagen, denn gerade er ist es doch gewesen, der in Kassel in unglaublichster Weise gegen sozialdemokratische Führer gehetzt hat. (Lebh. Zustimmung).

Unser Antrag über den Besuch des Herrn Kerrl beim Reichspräsidenten soll ein für allemal klarstellen, dass der Landtagspräsident zu solchen politischen Verhandlungen des Auftrages des Landtages bedarf. Herr Kerrl hat keinen Auftrag gehabt, beim Reichspräsidenten die nachträgliche Billigung der Einsetzung des Reichskommissars in Preussen auszusprechen, den Erlass einer Notverordnung zur Abänderung der Geschäftsordnung zu verlangen und bestimmte Vorschläge für die Reichsreform zu unterbreiten. Die Nationalsozialisten beschwerten sich jetzt so stark über den Reichskommissar in Preussen. Dabei hat Herr Kube am Tage der Einsetzung des Reichskommissars in Hamburg davon gesprochen, dass jetzt eine neue Epoche in Preussen beginne, nachdem der Reichspräsident sich entschlossen habe, die Herren Braun und Severing "abzuservieren". Herr Kube hat auch gesagt: Jetzt kommen wir! Gekommen ist aber der Besuch des Herrn Kerrl beim Reichspräsidenten zur Einlegung einer Verwahrung gegen den Reichskommissar. Herr Lohse hat die eidesstattliche Versicherung abgegeben, er wisse nichts davon, dass Hitler und die Nationalsozialisten die Regierung Papen gebilligt hätten. Herr Steuer hat es heute aber sehr deutlich herausgesagt, dass die einzigen, die seinerzeit gefragt worden seien, die Nationalsozialisten gewesen wären. Wenn heute der nationalsozialistische Redner erklärt hat, von einem bestimmten Zeitpunkt an habe seine Fraktion nicht mehr mit der Regierung Papen zusammengehen können, so enthalte diese Bemerkung auch das Bekenntnis, dass sie es bis dahin getan hat. Jedenfalls sind die Nationalsozialisten schuld, dass in Preussen jetzt Dr. Bracht regiert. Ohne Hitler kein Papen und ohne Kube kein Bracht!

Zu den Konfliktsanträgen erklärte der Redner, die Erklärung des Abg. Dr. Nicolai (Nat. Soz.), man habe mit dem neuen Antrag eine Formulierung geben wollen, um eine missverständliche Fassung zu ersetzen, könne wenig überzeugen. Die Nationalsozialisten hätten eben einem missverständlichen Antrag überhaupt nicht zustimmen dürfen. Allerdings sei das, was jetzt vom Herrenklub und von der Reichsregierung aus diesem Antrag herauskonstruiert werde, an den Haaren herbeigezogen. Bezeichnend sei die Aeusserung der "Deutschen Tageszeitung". Der angenommene Antrag erschüttere die Staatsautorität und müsse vom Reichspräsidenten zum Anlass genommen werden, den Landtag durch Notverordnung aufzulösen. Soweit sei man gegangen! Daraus erkläre sich auch jetzt die Sorge der Nationalsozialisten! Die Sozialdemokraten seien aber nur Zuschauer bei dem Spiel, das mit diesem Antrag getrieben würde. Sie könnten den Nationalsozialisten nur sagen: Sehen Sie zu, wie Sie das gefürchtete Schicksal der Auflösung des Landtages abwenden können und wollen. Denn trotz aller starken Worte könnten die Nationalsozialisten nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Erklärung gestern und ihr Verhalten heute diktiert sei von der Furcht vor Neuwahlen auch in Preussen. (Lebh. Zustimmung b.d. Soz.) Die Sozialdemokratie fürchte Neuwahlen in Preussen nicht. Sie werde auch bei

diesen Wahlen mit dem alten Kampfgeist, den sie immer aufzuweisen habe, wenn es für die Freiheit der Arbeiterklasse und die Freiheit des Volkes geht, kämpfen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Koenen (Komm.) erklärt die Kommunisten würden die von den Nationalsozialisten erzeugte Stimmung nicht nur ausnutzen, sondern weitertreiben und den Massen zeigen, dass nicht die Salzsteuer-Soldaten gegen Papen kämpften, sondern nur die Kommunisten. Die Mitglieder der Reichsregierung seien die übelsten Nachkommen mittelalterlicher Raubritter. (Rüge des Präsidenten)

Abg. Borok (Dnat.) betont, dass es sich für die Deutschnationalen darum handle, die Staatsautorität zu festigen, nicht darum, Demokratie und Parlamentarismus zu verteidigen. Das Ziel des kommunistischen Antrages war, so fährt der Redner fort, die Untergrabung der Staatsautorität. Es ist bedauerlich, dass die Nationalsozialisten dazu beigetragen haben, dass der Antrag angenommen werden konnte.

Abg. Stendel (DVP) erklärt, dass der am 30. August angenommene Antrag darum so ungeheuerlich gewesen sei, weil hier ein Urteil gefällt wurde, obwohl eine ganz andere Instanz, nämlich der Staatsgerichtshof, allein, über Verfassungsfragen zu entscheiden hat.

Abg. Nuschke (Staatspt.) ist der Ansicht, dass Präsident Kerrl seine Präsidenten-Befugnisse erheblich überschritten habe. Was den Beamten-Beschluss vom 30. August angehe, so handle es sich dabei um ein sehr betrübliches Kapitel. Diese Angelegenheit sei nur durch klare Aufhebung des Beschlusses aus der Welt zu schaffen.

Abg. Veidt (Christl. Soz.) stimmt dem deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des damaligen Landtagsbeschlusses gleichfalls zu und begrüsst, dass die Regierung den Parteien die starke Hand gezeigt habe.

Abg. Biester (Dt. Hann.) erklärt, die Nationalsozialisten seien um die Rolle, die sie jetzt spielten, nicht zu beneiden. Die Wahlen am 6. November würden manche Verschiebungen bringen.

Abg. Kube (Nat. Soz.) wendet sich gegen Ausführungen des Abg. Nuschke. Die Staatspartei habe die Zersetzung der Staatsgesinnung in Deutschland in unerhöhtester Form betrieben. Der Redner polemisiert dann im Zusammenhang mit dem Beamtenbeschluss erneut gegen die Reichsregierung und den Reichskommissar und erklärt, dass Dr. Bracht, vor den sich die Deutschnationalen stellten, beim Abbau der Parteibuchbeamten keineswegs grundsätzlich vorgegangen sei. Er verweist auf die Beibehaltung des Oberpräsidenten Noske in Hannover, des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel in Dortmund und andere Fälle. Der Redner lehnt dann nochmals den deutschnationalen Antrag ab und erklärt, sollte Dr. Bracht glauben, Folgerungen aus dem heutigen Abstimmungsergebnis ziehen zu müssen, so werden wir auch das mit Humor zu ertragen wissen.

Als Abg. Steuer (Dnat.) das Wort nimmt, verlassen die Nationalsozialisten wiederum den Sitzungssaal. Nach seinen ersten Worten wird ihm von der kaiserlichen Rechten zugerufen: "Judenjunge!" (Grosse Heiterkeit) Der Abg. Kube, so erklärt der Redner, hat Fragen gestellt, deren Beantwortung er ausdrücklich wünschte. Jetzt aber sind er und seine Parteifreunde verschwunden. Die Einstellung des Abg. Kube zu Herrn Dr. Bracht hat sich sehr beträchtlich geändert. Unmittelbar nach der Wahl des neuen Landtags, als das grosse Rätseln begann, wen die Nationalsozialisten als Kandidaten für die Ministerpräsidentenwahl herausstellen würden, hat mir ein sehr massgebendes Mitglied dieser Partei gesagt: Wir haben nicht die Absicht, einen Parteimannt herauszustellen, sondern einen sehr hervorragenden Oberbürgermeister einer wesentlichen Grosstadt. (Lebh. Hört! Hört!) b. d. Dnat. = Zuruf bei den Nat. Soz.: Der war schlecht orientiert! Dieser schlecht informierte Mann war Ihr (zu den Nat. Soz.) eigener Fraktionsführer (Heiterkeit). Wenn die Nationalsozialisten den

deutschnationalen Antrag ablehnen, und von einem kaudinischen Joch reden, so muss man doch feststellen, dass sie seit gestern im Dauerlauf durch das kaudinische Joch des Eingeständnisses ihrer Fehler gehen. (Heiterkeit).

Ein hierauf von den Nationalsozialisten eingebrachter Antrag auf Schluss der Aussprache wird gegen die Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. Nuschke (Staatspt.), mit Gelächter und Rufen der Nationalsozialisten empfangen, bleibt trotz Einschaltung des Lautsprechers fast unverständlich, da bei den Nationalsozialisten laute Unterhaltung einsetzt, die von Präsident Kerrl nicht unterbunden werden kann. Der Präsident verlässt schliesslich seinen Platz. Die Sitzung ist damit abermals unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung verlangt Abg. Weinert (Soz.) zur Geschäftsordnung das Wort und protestiert nachdrücklich gegen das Verhalten der Nationalsozialisten. Es sei ein Skandal, dass durch die Nationalsozialisten Redner anderer Fraktionen systematisch an der Ausübung ihres verfassungsmässigen Rechtes, im Landtag ihre Meinung zu sagen, gehindert würden.

Ein Antrag des Abg. Leinert (Soz.) auf Unterbrechung der Sitzung, damit der Aeltestenrat zu den Vorgängen Stellung nehmen könne, wird von allen Parteien gegen die Nat. Soz. angenommen. Die Sitzung wird zum 4. Mal unterbrochen. Nach etwa einstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder eröffnet. Ueber die Sitzung des Aeltestenrats verlautet, dass eine längere Aussprache über das Verhalten der Nationalsozialisten stattgefunden habe. Der Aeltestenrat sei aber auseinandergegangen, ohne zu dieser Angelegenheit einen Beschluss zu fassen.

Präsident Kerrl erteilt dem Abg. Nuschke (Staatspt.) das Wort.

Abg. Nuschke (Staatspt.): Ich habe schon betont, dass ich nicht die Absicht hätte, auf das Niveau von Herrn Kube herunterzusteigen.... (grosse Erregung und Unruhe bei den Nat.-Soz.- Abg. Kube (Nat. Soz.) droht dem Redner mit der Faust und ruft: Schon wieder eine Provokation! - Erneuter Lärm bei den Nat. Soz.)

Der Präsident entzieht dem Abg. Nuschke das Wort und schliesst ihn von der Sitzung aus. Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, beginnen jetzt die Abstimmungen.

Zunächst wird namentlich abgestimmt über den deutschnationalen Antrag, der die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 30. August über die Gehorsampfligkeit der Beamten gegenüber der kommissarischen Staatsregierung fordert.

Der Deutschnationale Antrag wird mit 208 gegen 35 Stimmen bei 45 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmen ausser den Deutschnationalen nur die Deutsche Volkspartei sowie kleinere Gruppen, während das Zentrum sich der Stimme enthält und die Sozialdemokraten sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Gegen den Antrag stimmen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag, wonach der Landtag beschliesst: "Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preussen von der am Ruder befindlichen Regierung gemäss dem von ihr beschworenen Eid geachtet und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und Staatsangestellten Preussens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen". Für den Antrag stimmen nur die Nationalsozialisten, gegen ihn u. a. die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, während vom Zentrum Enthaltungskarten abgegeben werden und sich die Sozialdemokraten wiederum an der Abstimmung nicht beteiligen. Der nationalsozialistische Antrag wird mit 156 gegen 86 Stimmen bei 45 Stimmenthaltungen angenommen.

Dann folgt die Abstimmung über den Antrag der Zentrumsfraktion. Der erstere Teil dieses Antrages, in welchem davon die Rede ist, dass die Beamten

Landtag, Blatt 6

trotz schwerer Gewissenskonflikte infolge des verfassungswidrigen Vorgehens der Reichsregierung ihre Amtspflichten gewissenhaft erfüllt hätten, wird abgelehnt, da für ihn nur das Zentrum und ein Teil der Sozialdemokraten stimmen.

Der zweite Teil des Antrages wird in folgender Fassung angenommen: "Der Landtag spricht den Beamten Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gibt er der Erwartung Ausdruck, dass die preussischen Beamten auch fernerhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preussischen Beamtentums zum Besten von Staat und Volk unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden." Für den Antrag stimmen Nationalsozialisten, Zentrum und Deutsche Volkspartei!

Der sozialdemokratische Missbilligungsantrag gegen den Präsidenten Kerl wird dem Verfassungs-Ausschuss übergeben.

Dann vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr, Auf der Tagesordnung steht u.a. der nationalsozialistische Antrag auf Verlegung der Gemeindewahlen.

Schluss 3/4 8 Uhr.
